

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
Für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 118.

Dienstag den 2. Oktober 1906.

34. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Deutschland.

Bei der Unterredung über die braunschweigische Thronfrage, die der Reichskanzler mit dem braunschweigischen Staatsminister v. Otto in Homburg hatte, kann es sich, wie der „Köln. Ztg.“ offiziös aus Berlin gemeldet wird, der ganzen Lage nach nur darum gehandelt haben, daß der braunschweigische Minister die Mitteilung der vom Landtage gefassten Resolution dem Reichskanzler gegenüber noch näher mündlich erläutern wollte. Wenn bisher der Reichskanzler noch keine Antwort erteilt hat, so dürfte diese Verschiebung darauf zurückzuführen sein, daß der Reichskanzler erst die ihm angekündigten näheren Mitteilungen der braunschweigischen Regierung oder des Regenschaftsrates anhören wollte. Man darf somit annehmen, daß jetzt die amtliche, sowohl vom Reichskanzler als vom königlich preussischen Ministerpräsidenten zu erteilende Antwort unmittelbar bevorsteht.

Am Sonnabend fand in Braunschweig unter dem Vorsitz des wieder zurückgekehrten Ministers v. Otto im Staatsministerium eine Beratung statt, der der Inhalt der vertraulichen Besprechung Dr. v. Ottos mit dem Reichskanzler zugrunde lag. Auch ein Schreiben des Herzogs von Cumberland, das in Braunschweig eingetroffen ist, lag dem Regenschaftsrat vor. Darin sollen bedeutende Äußerungen zur Thronfrage enthalten sein. Nach der Sitzung empfing Staatsminister Dr. v. Otto den zurzeit in Braunschweig weilenden preussischen Gesandten am Obenburger Hof, v. Bülow, der auch für Braunschweig akkreditiert ist.

(Zur Fahrkartensteuer.) Es geschieht nicht selten, daß die Fahrkartensteuer umgangen wird. Vom Auslande ist die Sache mitunter sehr leicht zu machen. Aus Wiesbaden wird der „Voss. Ztg.“ darüber berichtet: Auf der Station Amsterdam wurde ein Reisender, der ein Retourbillet nach Freiburg in Baden lösen wollte, von dem Schalterbeamten darauf aufmerksam gemacht, daß infolge der Fahrkartensteuer ein Retourbillet Amsterdam-Basel sich billiger stelle, als ein solches nach dem wohl 50 Kilometer vor Basel liegenden Freiburg. Der Reisende hat natürlich davon profitiert. Niemand konnte ihn zwingen, die Fahrt Freiburg-Basel und zurück zu machen. Ihm lag an dieser Fahrt nichts, aber er hätte das Billet zur Ausnutzung einem anderen überlassen können. So gibt der Fiskus sich arge Blößen.

(Wiederaustritt des Stettiner Hafenarbeiter.) Wie die Ostseezeitung meldet, ist auf allen Schiffen der Neuen Dampfer-Kompagnie in Stettin von den Hafenarbeitern der Ausstand erklärt worden, weil man ihrem Verlangen, die dem Hafenarbeiterverbande nicht angehörenden, bisher dort beschäftigten Arbeiter zu entlassen, nicht willfahren wollte.

(Die Alkoholfrage.) Das Reichsversicherungsamt hat, wie der „Voss. Ztg.“ mitteilt, an alle deutschen Berufsvereinigungen Anfragen darüber gerichtet, welche Schritte sie unternehmen haben, um dem Mißbrauch geistiger Getränke unter den Arbeitern der ihnen unterstellten Betriebe entgegenzutreten. Gleichzeitig werden die Berufsvereinigungen aufgefordert, dieser Angelegenheit fortgesetzt ihr Augenmerk zu schenken.

Kriegserinnerungen vor Gericht.

Eigenartige Kriegserinnerungen an den deutsch-französischen Feldzug beschäftigten die vierte Strafkammer des Berliner Landgerichts I. Wegen verurteilter Erpressung mußte sich der 58jährige Schneider Gust. Hampe aus Hamburg vor dem Strafgericht verantworten. Diese Affäre hat eine interessante Vorgeschichte. Hampe diente im Jahre 1870 in dem Leibgarde-Husaren-Regiment in der ersten Schwadron unter dem Kommando des Mittmeisters Freiherr v. Wrangel. In derselben Kompagnie diente damals der jetzige Kommerzienrat und Leutnant der Reserve, Inhaber des Panthaus' Abel u. Co. in der Jägerstraße, als Einjährig-Freiwilliger. Am 6. Januar 1871 wurde der Einjährige Abel zur Führung einer Patrouille ausgesandt, die einen Aufklärungszug nach der Festung Combratt unternehmen sollte. Abel wählte sich als Begleiter Hampe und zwei andere Husaren aus. Der Aufklärungszug gelang sehr gut, da die Patrouille bis an die ersten Häuser der Ortschaft Combratt heran kam.

Nach diesem Wagnis kehrte man auf dem Rückwege in dem Dorfstube der Ortschaft Masnières ein, um sich zu stärken. Einer der Husaren war vor dem Wirtshause als Posten aufgestellt worden. Gerade als man eine Tasse Kaffee trinken wollte, wurde die Patrouille von einer starken Abteilung französischer Kavallerie überfallen. Einer der Husaren wurde erschossen, der Einjährige Abel erhielt einen Lungenhieb und geriet in Gefangenschaft mit dem zweiten Husaren in die Gefangen-

— Der „Ziennit Berlinski“ tritt jetzt in bezug auf seine Behauptung, daß der Kultusminister mit dem Kardinal Kopp über den Streik der polnischen Schulkinder eine Unterredung gehabt habe, den Rückzug an, indem er erklärt, die bewusste Aussage der beiden Herren lasse sich zeitlich mit der Obstruktion der Kinder nicht in Zusammenhang bringen.

(Kleine Chronik aus aller Welt.) Eine Berliner Korrespondenz meldet, der Kaiser werde Mitte Oktober, wenn er zur Hochzeit des Prinzen Albert von Holstein-Glücksburg mit der Gräfin Gertrud Hienburg nach dem Schlosse Meerholz reise, auf der Hinfahrt oder Rückfahrt den Kanzler in Homburg aufsuchen. — Das Kaiserpaar und die Prinzessin Viktoria Luise gedenken am 3. Oktober von Rominten abzureisen und sich zu einem zehntägigen Aufenthalt nach Cadix zu begeben. Im Anschluß hieran wird der Kaiser vielleicht noch einige Tage auf Schloß Hubertus-Hof Wohnung nehmen, um in der Schorfheide der Jagd obzuliegen. — Zu dem Delegiertentage der national-liberalen Partei in Goslar sind bis jetzt 600 Delegierte angemeldet. — Eine große Anzahl von Denkschriften für den Reichstag, u. a. eine über außergerichtlichen Zwangsvergleich, wird von verschiedenen Behörden bearbeitet. — Den 60jährigen Gedenktag seines Eintritts in das Heer kann der Generalleutnant z. D. Eduard v. Zena in Naumburg am 1. Oktober begehen, der zuletzt die 4. Division in Bromberg befehligte hat. — Der bayerische Kriegsminister Frhr. v. Horn ist Sonnabend vormittag am rechten Auge an grünem Star operiert worden. Die Operation ist glatt verlaufen und verspricht ein günstiges Resultat. — Kaiser Franz Josef muß mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand einer Reihe von Festlichkeiten fernbleiben. — Der Zar befindet sich nach unkontrollierbaren Gerüchten in so nervösem Zustande, daß mit der Möglichkeit der Einsetzung einer Regentenschaft gerechnet wird.

Ausland.

Russland.

Der Zar will nun also doch nicht seinem Reich den Rücken kehren. Das dänische Regierungsblatt „Dannebrog“ bezeichnet die Meldung der „Nationaltidende“ über einen bevorstehenden Besuch des russischen Kaisers am dänischen Hofe als ein Gerücht ohne jede tatsächliche Grundlage. Damit ist freilich noch lange nicht gesagt, daß es sich bei jener Nachricht überhaupt um eine Erfindung gehandelt hat. Denn in der Meldung über die Mitteilung der „Nationaltidende“ hieß es ausdrücklich, dieses Blatt habe gute Beziehungen zu dänischen Hofkreisen. Vielleicht hat sich der Zar inzwischen die Sache überlegt, vielleicht wünscht man am dänischen Hof auch nicht, daß die Sache zu früh ruchbar wird. Wir würden gar nicht erstaunt sein, wenn trotz des offiziellen dänischen Dementis mit einem Mal es sich doch bestätigte, daß der Zar mit seiner Familie ein Asyl in Dänemark sucht. Wie wenig derartigen Erklärungen geglaubt werden kann, hat sich ja erst jüngst zur Genüge gezeigt, als offiziell erklärt wurde, es handle sich nur um einen Ausflug von 2-3 Tagen.

England.

(Die Reorganisation der englischen Armee.) Kriegsminister Haldane hat in Haddington eine Rede gehalten, in der er sich abermals in sehr bemerkenswerter

Weise über die englischen Heeresverhältnisse äußerte. Er erklärte zunächst, daß die militärische Abrüstung nicht weiter fortgesetzt werden dürfe und fuhr dann fort:

England könne seine Mittel zur Selbstverteidigung nicht noch weiter beschränken, so lang nicht die übrigen Staaten seinem Beispiele folgten. Wenn England in der Abrüstung fortfahre, so würde eine Schwächung seiner diplomatischen Stellung die unausbleibliche Folge sein; das Volk würde darüber aufgebracht sein und sich erheben und unter Beiseiteziehung jeder Rücksichtnahme einen größeren Aufwand für die Flotte verlangen. Dieser letztere Zustand wäre schlimmer als der frühere. Das einzige, was man tun könne, sei ein vorsichtiges und haushälterisches Vorgehen. Das Volk frage sich auch, wie die liberale Regierung eine Reorganisation der Armee in Angriff nehmen könne, ohne das Volk mit militärischem Geiste zu erfüllen. Eine Begleiterscheinung des Militarismus sei auch die, daß durch die nähere Verührung mit der Armee und mit den Kriegsvorbereitungen das Volk zur Besonnenheit und Pflichterfüllung gezogen werde. Unter einem Volk in Waffen verstehe er ein Volk, welches wisse, was der Krieg bedeutet. Die Armee sei jetzt weit besser als vor dem südafrikanischen Kriege und unvergleichlich besser als in den trüben Tagen des Krimkrieges, aber die Aufgabe sei erst angeschnitten; wenn es ihm vergönnt sein würde, sechs Jahre an ihr zu arbeiten, würde er noch nicht in ihr fertig bringen. Das erfordere eine Generation. Deutschland, so führte der Minister im Anschluß daran aus, habe ja sein halbes Jahrhundert gebraucht, seine Armee zu reorganisieren. Als es ihm jüngst durch die Güte des Kaisers gestattet gewesen sei, die Einzelheiten der deutschen Heeresverwaltung kennen zu lernen, welche in der Lage sei, eine ungeheure viel größere Armee aufzustellen, als England vermöge, und zwar für wenig mehr Geld, als dieses ausbebe, da habe er den deutschen Kriegsminister gefragt, wie bekommen Sie so viel für so wenig Geld? Die Antwort sei gewesen: Indem wir sorgfältig erwägen, was wir für jeden Pfennig bekommen, den wir ausgeben. Dies sei der Grundsatz, den er, Haldane, einführen möchte. Er tue sein Bestes in diesem Sinne, so habe er 51.000 Pfund Sterling an Fleischkontrakten erspart und die Entscheidung getroffen, die Garnison von St. Helena zurückzuziehen.

Türkei.

(Der neue Gouverneur auf Kreta.) Die feierliche Amtseinführung des künftigen Gouverneurs von Kreta, Zaimis hat am Sonnabend stattgefunden. Die Kriegsschiffe der Garantiemächte, die gewöhnlich vor Kanea liegen, waren zu seinem Empfange nach Milo gegangen. Zaimis steht bei König Georg in hoher Gunst. Er ist ein sehr skeptischer und vorsichtiger Politiker. Große Entrüstung in national gesinnten griechischen Kreisen erregten vor etwa drei Jahren seine Äußerungen über Griechenlands Haltung in nationalen Fragen. Er erklärte damals in der Kammer, daß Griechenland nicht daran denken dürfe, eine große Armee aufzustellen, um Mazedonien zu erwerben, weil die macedonische Frage nicht von den Balkanstaaten, sondern nur von den europäischen Großmächten gelöst werden könne. — Zaimis ist der einzige griechische Politiker, der politische Wissenschaften eingehend und systematisch studiert hat. Er ist beinahe Stubengelehrter und gilt als Feind des lauten Treibens der Welt; er lebt sehr zurückgezogen, spricht sehr wenig und hat selbst als Ministerpräsident in der Kammer nur selten das Wort ergriffen. Aus diesem Grunde gaben ihm auch die Athener den Namen „Psari“, d. h. Stille. Zaimis ist sehr reich und hat große Besitzungen im Peloponnes und auf Agina.

Ueberfall auf die Patrouille in dem Dorfe Masnières. — Im März schrieb nun Hampe an den Vorsitzenden des Vereins ehemaliger Leibhusaren und ersuchte ihn um verschiedene Auskünfte, wobei er durchblicken ließ, er beabsichtige eine Gegenbrochure zu veröffentlichen, die großes Aufsehen erregen würde, da der Kommerzienrat Abel hierbei nicht gut wegkommen würde. Der Vereinsvorsitzende machte dem Kommerzienrat Abel hiervon Mitteilung und setzte sich gleichzeitig mit Hampe in Verbindung. Dieser trat plötzlich mit der Behauptung hervor, jener Ueberfall der Patrouille sei nur durch Schuld des damaligen Einjährigen Abel nicht abgeschlagen worden. Hampe äußerte auch ganz offen, diese Gegenbrochure würde großen Staub aufwirbeln, Abel würde seinen Leutnantstitel und seinen Orden wieder verlieren, wenn er nicht beizeiten wisse, was ihm seine Ehre wert sei. Schließlich schrieb Hampe an den Kommerzienrat Abel und bot ihm die Broschüre zum Preise von 5000 Mark an. Als Abel mehrere dieser Erpresserbriefe erhalten hatte, übergab er die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft. — Staatsanwalt Assessor Bloch hielt ein ziemlich gefährliches Erpressungsmandat für vorliegend und beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Monat. Die Verteidiger Justizrat Friedmann und Dr. Böwenstein hielten die Freisprechung des Angeklagten für geboten, da dieser sich vermutlich gar nicht der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise bewußt gewesen sei. Der Gerichtshof nahm aber Erpressungsversuch an und erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf einen Monat Gefängnis.

Amerika.

— **Kuba ist der Union versallen.** Am Sonnabend morgen ist die Einsetzung einer provisorischen Regierung von Seiten der Vereinigten Staaten von Amerika erfolgt. Im Amtsblatt von Havanna erklärt Kriegsfeldmarschall Taft eine Bekanntmachung, daß er einstweilen die Regierung übernommen habe, bis eine ständige Regierung eingesetzt sei. Das Vorgehen Tafts ist die Folge des Mißlingens des Versuchs, den kubanischen Kongreß zusammenzutreten und einen neuen Präsidenten für Palma wählen zu lassen, der mit seinen Anhängern sich weigert, weiter im Amt zu bleiben. Zu der Zeit, zu der Freitagabend die Sitzung des Kongresses eröffnet werden sollte, waren nur vier Mitglieder anwesend, die sich schließlich entfernten, ohne daß eine Sitzung stattgefunden hätte. — An den stellvertretenden Kriegsfeldmarschall Oliver telegraphierte Taft, daß er gemäß dem aufgestellten Plane amerikanische Truppen nach Kuba schicken sollte.

Westfalen und Rheinland.

— **Kamen, 2. Oktober.** Der Oktober dürfte uns — nach Otto Falts Prognose — wenigstens in seiner ersten Hälfte heitere, schöne Tage bescheren. Dann aber soll ein Umschlag, in der Temperatur eintreten, der Stürme und Niederschläge, ja in den Bergen sogar Schneefälle, im Gefolge hat. Den zweiten Oktober bezeichnet Falts als einen kritischen Termin mittlerer Stärke, den 17. aber als einen solchen von hoher Bedeutung und ganz besonderer Stärke. Wenn man dem hundertjährigen Kalender Glauben schenken will, so ist mit Ausnahme der beiden ersten Tage des Monats, das Wetter bis zum 10. Oktober regnerisch, vom 10. bis 26. aber wieder schön. Am 27. soll Frost und am 30. Schneefall eintreten. — **Kamen, 2. Oktober. (Alte Bauernregeln vom Oktober.)** Auf Sankt Gallen Tag muß jeder Apfel in den Sad. — Wenn im Oktober friert und schneit, so bringt der Januar milde Zeit. — Halten die Krähen Konwidium, so sieht nach Feuerholz die Um. — Trägt's Häschen lang sein Sommerkleid, so ist der Winter auch noch weit. — Oktobergewitter sagen kühnlich, der künftige Monat sei weiterwendig. — Wenn Simon und Judas mit Sturm einherwandeln, so wollen sie mit dem Winter verhandeln. — Oktoberdinner ist fürwahr noch besser als im Februar. — Fällt der erste Schnee in den Schmutz, vor strengen Winter kündigt er Schutz. — Hat der Oktober viel Regen gebracht, hat er auch gute Wetter bedacht. — Nichts kann mehr vor Raupen schützen, als wenn der Oktober erdicht mit Pfähen. — Meist der Oktober ist in den Winter, so ist dann dieser um so gelinder. — Fängt der Winter früh an zu toben, wird man ihn im Januar loben. — Je fetter die Vögel und Dachs, desto kälter erkräftigt das Christkind. — Auf den Tag Sankt Gallen die Weidenschaft in den Stall muß und der Apfel in den Korb muß. — Wenn Simon und Judas vorbeieilen, rückt der Winter herbei. — Ist recht rauhe der Nase, friert du an der Nase. — Wenn im Moor viel Treibholz steht, bleibt das Wetter lange schön. — Ist im Oktober das Wetter hell, bringt es her den Winter schnell. — Ist im Oktober Frost und Wind, wird Januar und Hornung gelind. — Oktober und März gleichen sich allerwärts. — Nordlichtschein bringt Kälte ein. — Sieht das Laub an den Bäumen reif, sich strenger Winter erwarten läßt. — Wandert die Ferkelmaus nach dem Haus, bleibt der Frost nicht lange aus. — Von Quack bis St. Simonstage zerstört der Raupenneister Pflanze. — Wie im Winter die Regen haufen, werden im Dezember die Stürme brausen. — Oktober rauhe, Januar flau. — Oktoberhimmel voller Sterne, hat warme Deseu gerne. — Oktobergewitter sind Zeichenbitter. — Fette Vögel und Dachs, pfeift im Winter die Nase. — Kraniche, die niedrig ziehn, deuten auf warmes Wetter hin. — Kriechen die Eichhörnchen bald zu Nest, wird der Winter hart und reif. — Fällt das Laub vor Geobegar, ist das nächste ein fruchtbar Jahr. — St. Gallen läßt den Schnee fallen. — Ist St. Gallen naß, ist's dem Wein kein Spaß. — Wolfgang Regen, verspricht ein Jahr voll Segen.

— **Kamen, 2. Oktober. (Erleichterung des Dienstes der Postbeamten.)** Die Aufhebung der Sonntags-Paletbestellung im Reichspostgebiete hat sich, wie das „Archiv für Post und Telegraphie“ behauptet, bewährt, und die Behörde wird deshalb auf dem einmal beschrittenen Wege weiter vorgehen, um dem Personal eine fähbare Erleichterung seines Dienstes an Sonntagen und Festtagen zu gewähren. Die bereits in Groß-Berlin eingeführten Beschränkungen im Schalterdienst dürften auch auf andere größere Orte ausgedehnt werden. Zunächst wird noch eine andere Erleichterung des Sonntagsdienstes geplant, welche dem Personal im ganzen Reich zugute kommen wird. Dieselbe betrifft die Einstellung der Geldbestellung an den Sonntagen und Festtagen, für welche schon der Reichstag in seiner im vorigen Jahre gefassten Resolution eingetreten ist. In welchem Umfang dem Verlangen der Volksvertretung stattzugeben kein wird, darüber scheiden gegenwärtig noch Erhebungen und Verhandlungen.

— **Kamen, 2. Oktober. In den Knappschaftskassen und Anknappschaffvereinen** war im Jahre 1904 eine durchschnittliche Belegschaft von 707 726 Personen der Krankenversicherung unterworfen (1903 = 684 991). Die Knappschaftskassen sind hauptsächlich Pensionskassen, welche die Beiträge für die Krankenversicherung nicht gesondert, sondern mit denen für die Pensionskasse zusammen erheben und verrechnen, so daß der Betrag des ersten großen Teils nur durch Schätzung ermittelt werden kann. Die der Krankenversicherung der Knappschaftskassen schätzungsweise zugeschriebenen Einnahmen betrugen 23 757 771 Mark, wovon 12 182 863 Mark von den Arbeitnehmern aufgebracht wurden. Von den Krankheitskosten: 21 688 700 Mark auf den Arzt; 3 114 698 Mark, Arznei und Heilmittel 3 203 206 Mark, Krankenhauspflege: 3 675 404 Mark und Krankengeld: 11 207 591 Mark, während die Verwaltungskosten sich auf 704 076 Mark stellten. Letztere sind, wie auch das Vermögen (21 899 116 Mark), geschätzt. Die Zahl der Erkrankungsfälle mit Krankengeldbezug oder Krankenhauspflege stellt sich auf 413 502 mit 6 791 543 Krankentagen, so daß auf ein Mitglied 0,6 Erkrankungsfälle mit 9,6 Krankentagen kamen, während bei den reichsgefehligen Betriebskrankenkassen im gleichen Jahr 0,5 Erkrankungsfälle mit 8,5 Krankentagen und bei den Baukrankenkassen 0,8 Erkrankungsfälle mit 12,8 Krankentagen ausgewiesen wurden. Obwohl bei den Knappschaftskassen die Minimaldauer der Krankenunterstützung 1904 noch nicht wie bei den reichsgefehligen Krankenversicherung auf 26 Wochen erhöht war, stellten sich die Krankheitskosten auf 1 Mitglied bei ersteren mit 30,65 Mark höher als bei den Betriebskrankenkassen mit nur 25,55 Mark und bei den Baukrankenkassen mit 29,15 Mark.

— **Kamen, 2. Okt. (Verschiedenes.)** Der Herbst schreitet langsam aber unaufhaltsam vor. Immer früher läßt er die Dämmerung über uns hereinbrechen, und da erscheint es wohl auch an der Zeit, allen Hausbesitzern ein mahnendes „Beleuchtet die Treppen!“ zuzurufen, denn Hals- und Beinbrand sind auf dunklen Stiegen nichts Außergewöhnliches, und niemand hat wohl Lust, der Sparsamkeit und Unachtsamkeit gewisser Hausbesitzer wegen seine Haut zum Marne zu tragen.

Drückvolgetliche Bestimmungen, sowie das B. G. B. sorgen glücklicherweise dafür, daß die Hausbesitzer und Vermieter ihren Pflichten in dieser Beziehung gehörig nachkommen, sonst würde auch wohl in manchem Stiegenhause die berühmte „ägyptische Finsternis“ herrschen. Fluren und Treppen sind nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften mit Eintritt der Dunkelheit solange zu beleuchten, als ein regelmäßiger Verkehr im Hause stattfindet, gleichviel, ob die Haustür schon oder geschlossen wurde oder nicht. Der Besitzer eines Hauses hat auch für den Angestellten, den er mit der Beleuchtung der Treppen beauftragt zu haben und kann, falls jener sein Amt mangelhaft versehen und nicht für das nötige Licht gesorgt hat, wegen fahrlässiger Körperverletzung belangt werden. Es ist daher allen Hausbesitzern nur zu empfehlen, sich von Zeit zu Zeit selbst davon zu überzeugen, ob der von ihm Angestellte seine Funktionen gewissenhaft ausübt: die Folgen einer Verunglückung durch mangelhafte Beleuchtung fallen sonst auf ihn selbst zurück.

Mit dem 1. Oktober beginnen die Wochenmärkte Montags und Donnerstags morgens um 9 Uhr. — Der Schalterdienst an der Post beginnt von demselben Tage an morgens 8 Uhr. Der Stahlfederverband erhöhte, der Rheinisch-Westfälischer Zeitung zufolge, in der Generalversammlung die Preise um 2 Mark pro 100 Kilogramm.

(Sind Feuerwehrlübungen an Sonntagen gesetzlich?) Mehrere Mitglieder der Pflichtfeuerwehr in N. verweigerten die Teilnahme an einer auf einen Sonntag — außerhalb der Kirchzeit — angesetzten Feuerwehrlübung und blieben deshalb trotz aller gutartigen Vorstellungen fern, was ihnen Bestrafung einbrachte. Schöffengericht und Strafkammer sprachen sie auch frei, indem beide Gerichte annahmen, zu den durch Polizeiverordnung an den Sonntagen verbotenen, öffentlich bemerkbaren und geräuschvollen Arbeiten rechne auch die Abhaltung von Feuerwehrlübungen. Das Kammergericht war indessen anderer Ansicht. Solchen Handlungen gegenüber, die sich, wie eine Feuerwehrlübung, unter staatlicher Autorität vollziehen, kämen Polizeiverordnungen über die Sonntagsruhe nicht in Betracht. Die Abhaltung sonntäglicher Feuerwehrlübungen sei deshalb vollkommen gesetzlich.

Die Hasenjagd nimmt am heutigen Tage, 1. Oktober, nach den gesetzlichen Bestimmungen ihren Anfang. Sie dauert bis zum 15. Januar. Von da ab beginnt die Schonzeit. — Während der Schonzeit darf nach dem Wildschongesetz Wild weder verkauft noch versendet werden. Das Kammergericht hat demgemäß im Widerspruch mit der Vorinstanz einen Angeklagten, der einem Professor einen Hasen während der Schonzeit als Geschenk mit der Post zugesandt hatte, zu einer Geldstrafe verurteilt, da nach der Entstehungsgeschichte und dem Wortlaut des Wildschongesetzes Wild während der Schonzeit auch als Geschenk nicht versendet werden darf; das bloße Verschicken von Wild während der Schonzeit sei allerdings nicht strafbar.

(Anstellung an Mittelschulen.) Wasser wurden an manchen Orten auch Lehrer an Mittelschulen angestellt mit der Bedingung, die Prüfung binnen einer bestimmten Frist abzulegen. Dagegen wendet sich nun ein Erlaß des Ministers, der folgendes bestimmt: „Dieses Verfahren kann nicht mehr gebilligt werden. Vielmehr beauftragt die königliche Regierung, dafür zu sorgen, daß künftig an den öffentlichen mittleren Schulen, sofern nicht ausnahmsweise die Anstellung von Elementarlehrern bereits ausdrücklich genehmigt ist, nur geprüfte Mittelschullehrer angestellt werden. Die künftige Verweisung von Volksschullehrern mit der Bedingung, die Mittelschulprüfung binnen einer bestimmten Frist abzulegen, würde nur dann ausnahmsweise gestattet werden, wenn auch nach öffentlicher Ausschreibung der Stelle ordnungsmäßig geprüfte und geeignete Bewerber nicht vorhanden sind.“

Mit den abnehmenden, immer lichtärmer werdenden Tagen geht nun auch wieder ein stärkerer Konsum an Gas, wenigstens, soweit solches zur Beleuchtungszwecken in Frage kommt, Hand in Hand. Leider aber mehren sich damit auch die Fälle von Gasexplosionen, denen alljährlich zahlreiche Menschen zum Opfer fallen. Es erscheint daher notwendig, in Kürze einmal der Maßregeln zu gedenken, die in solcher Lage zu ergreifen sind, um einer Katastrophe vorzubeugen. Ist es doch fast immer die Unvorsichtigkeit, die hier zum Unheil führt, denn wer in Fällen drohender Explosionsgefahr sachgemäß und besonnen handelt, wird diese stets abzuwenden im Stande sein. Betreten wir einen Raum, in welchem sich starker Gasgeruch bemerkbar macht, so dürfen wir unter keinen Umständen ein Licht anzünden. Wir haben vielmehr sofort Fenster und Türen zu öffnen und alsdann für Entlüftung des Haupthauses Sorge zu tragen. Das Abzünden der Gasvögel, das zur Ergreifung des Defektes häufig von Laien vorgenommen wird, wenn das Zimmer noch mit Gas angefüllt ist, hat nur zu oft schon eine Explosion herbeigeführt, falls nicht gerade der abgeleitete Rohreile tief am Boden lag, denn das entzündende Gas steigt vermöge seiner Leichtigkeit stets nach oben, wo es sich mit der Luft vermischt. Kommt man nun beim Abzünden mit der offenen Flamme in diese Schicht hinauf, so ist die Entzündung, die mit einem gewaltigen Knalle erfolgt, unvermeidlich. Solange die Bewohner eines Hauses oder einer Etage noch nicht zu Bette gegangen sind, wird ein Ausströmen von Gas meistens rasch bemerkt und verhindert werden. Nachts aber steht einem stundenlangen Entweichen des gefährlichen Leuchtstoffes nichts im Wege. Ein vorsichtiger Haus- und Familienvater sollte daher abends vor dem Schlafengehen den Haupthebel der Gasleitung schließen, damit wenigstens ein Teil des Gases, das bei der Wahrnehmung von Gasgeruch sofort die Gasanstalt zu benachrichtigen ist, die alsdann unverzüglich einen Angestellten entsendet, bedarf, als selbstverständlich, keiner besonderen Erwähnung.

Auf den Feldern findet man nun bald wieder das Verbrennen des Karstoffkranzes, der Quacken u. dgl. und wollen wir nicht unterlassen, Eltern, Erziehungs- und Aufsichtspflichtige auf die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam zu machen. Das Abbrennen derartiger Feuer ist verboten: 1) bei starkem Winde, 2) nach Eintritt der Dunkelheit und 3) an Stellen, die weniger als 100 Meter von öffentlichen Fahrwegen, Gebäuden und Korshäusen entfernt sind. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet. Außerdem soll hier noch darauf hingewiesen werden, daß nach § 368, B. G. B. der Strafschuld des Angeklagten von Feuer in gefährlicher Nähe von Gebäuden, besonders auch von Scheunen oder anderen leicht feuergefährlichen Sachen, wie Strohhaufen, usw., sowie an gefährlichen Stellen in Wäldern oder Heiden ebenfalls mit der angegebenen Strafe belegt wird.

Den lieben Nächten Vöses nachzusagen, sind viele Menschen nur zu leicht geneigt. Jedermann sollte sich aber hüten, auf ein bloßes Gerücht hin die Ehre des Nebenmenschen zu trüben. Man irrt auch, wenn man sich dadurch vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen glaubt, daß man der ehrverletzenden Behauptung die Vermutung hinzusetzt, das mitgeteilte Gerücht sei durchaus unglauwürdig. Denn nicht nur, wer eine Tatsache, die einen anderen in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, behauptet, sondern auch, wer eine solche Tatsache verbreitet, wird vom Gesetz mit Strafe bedroht. Hierdurch bringt das Gesetz, wie das Reichsgericht in einer neuern Entscheidung ausführt, zu deutlichem Ausdruck, daß die Bestrafung nicht von der Stellung abhängig sein soll, die der Täter für seine Person gegenüber der Frage der Wahrheit oder Unwahrheit der Mitteilung einnimmt. Andernfalls könnte ja jedermann in der Form der Mitteilung von Gerüchten straffrei die Ehre eines anderen als empfindlichste Verletzung, sofern er der Kunde davon nur

zufest, er glaube selbst nicht an die Wahrheit des Gerüchtes. Das demgegenüber kann das Gesetz aber nicht gewollt haben. Man kann deshalb bei Wiedergabe ähnlicher Gerüchte gar nicht vorsichtig genug sein.

— **Necht fahrlässig handelte** eine Frau beim Umzuge. Sie warf die Scherben zerbrochener Glasflaschen durchs Fenster auf den Hof. Schon nach einem Augenblick fiel ein vierjähriger Knabe hinein. Eine Dreiecksplatte drang ihm tief in die Kniekehle. Schwebel verlor ihn der Vater auf und brachte ihn zu Bett.

— **Heeren, 2. Okt. Im Reime erstickt** wurde ein in der Schenke stehender Stallung zu Werbe ausgebrochenes Feuer, bevor die herbeigeeilte freiwillige Feuerwehr sich entfalten konnte. Leider ist ein junger Biege verbrannt.

— **Heeren, 2. Okt. Hocherfreut** ist man hier und in der Gegend darüber, daß der Plan schwebt, unsere beiden Ortsgemeinden mit Hameln und Karben durch eine elektrische Straßenbahn zu verbinden. Dieselbe wird sich schon deshalb wohl rentieren, weil die Staatsbahn Hameln-Kamen fast gar nicht benutzt werden kann, da die meisten der Bahnhof Heeren fa in der Kolonie bei Hameln liegt und so kann der Fahrplan bedeutliche Lücken aufweisen, die auch trotz aller Gesuche nicht beseitigt werden.

— **Hameln, 1. Okt. Eingebrochen** wurde in der Freitag Nacht in der Wirtschaft des Herrn Wilsch. Voss am Morgen. Dort haben Dieben sieben acht Kisten Zigaretten, zwei Flaschen Cognac und ein kupfernes Spülfaß in die Hände. Dem Schuttmann Trippe ergab sich lang es, einen der Eindringler, als dieser gerade im Begriff war, die gestohlenen Zigaretten in Königsborn zu verkaufen, zu verhaften. Der Verhaftete, ein Arbeiter Heinrich Drefen aus Hameln, der bereits 20 Jahre Zuchthaus hinter sich hat, wurde dem Amtsgerichtsgewächtnis eingeliefert. Er gibt an, einen Komplizen namens Anton Huben aus Kamen (Weselerheidearbeiter) gehabt zu haben. Die eingeleiteten Recherchen dürften das Nähere ergeben.

— **Dortmund, 1. Okt. (Verschiedenes.)** Vor der hiesigen Strafkammer hatten sich die Arbeiter Paul Langer, Otto Franz und Sattler Wilhelm Oberkamp von hier wegen einer ganzen Reihe verschiedener Diebstähle zu verantworten. Es handelt sich offenbar um eine gemeingefährliche Diebstahlsbande, welche nicht allein Dortmund, sondern auch die umliegenden Städte, wie Hamm, Bielefeld, Langer und Franz wurden in der Nacht vom 9. September 9 Diebstähle zur Last gelegt. Die Behörde hatte selbst schon Gerichtsbeschlüsse umlangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Langer und Franz blieben während der hiesigen Verhandlung auf der Anklagebank gefangen. Der erste wird sich am 10. Oktober in Hamm wegen verurteilter Tötung vor dem Kreisgericht zu verantworten haben. Als der Gendarm Krüger den Langer bei Heerde verhaftet hatte, wurde ihm nach Halle ins Gefängnis bringen wollte, zog Langer plötzlich einen an einer ungewohnten Körperstelle verborgen gehaltenen Revolver, welcher und verlegte den Beamten durch einen Schuß in den Hals lebensgefährlich. Er entfloß dann. In Baderborn unternahm er einen Ausbruchversuch aus dem dortigen Gefängnis. Auch der dort gefangene Oberkamp unternahm aus dem Gefängnis in Hamm einen Ausbruchversuch. Langer, der gegenwärtig wegen eines Diebstahls und Diebstahls 7 Jahre Zuchthaus verbüßt, wurde unter Verurteilung dieser zu einer Zuchthausstrafe von 9 Jahren verurteilt. Franz erhielt 2 1/2 Jahre Gefängnis und Oberkamp 3 Jahre 6 Monate Gefängnis; der in der Sache mitangeklagte Möller wegen Diebstahls 6 Monate Gefängnis.

Seit einiger Zeit treibt sich in der hiesigen Gegend ein Betrüger umher, der seine Opfer in den besseren Ständen sucht. Er operiert in der Weise, daß er bei Frauen, deren Männer abwesend sind, eine Empfehlung von einem hiesigen Pfarrer überbringt, und als Brod seines Besuchs ankündigt, er habe seinen Dank für die von ihrem Mann vorerhaltene finanzielle Unterstützung zu seinem Studium abzahlen wollen, welches er mit einem befreundeten Lehrerzamen beabsichtigt habe. Darauf des Gesprächs erzählt er, daß er als Lehrer eine Stelle an der deutschen Schule in Paris-Salaam angenommen und sich einen photographischen Apparat angeschafft habe, um dort Aufnahmen von der Schule und Kirche und sonstigen Einrichtungen zu machen, die seine Wohltätigen übersehen sollte, die ihm das Porto für die Briefe mitgeben möchten. Die nähere Erkundigungen ergeben haben, benutzt die Argaber auf Schwindel.

— **Ein Jagabund**, der einen Blumenladen im nördlichen Stadtteil betrat, um zu betteln, drohte der Ladengehelfin, die ihn nicht aufnahm, mit dem Revolver. Auf ihr Hilferufen entfloß er.

— **Hattungen, 29. Sept. (Fischdiebstahl.)** In der Nacht haben bisher noch nicht ermittelte Personen den Fischdieb Mühlenbesitzer Beveringhaus hier selbst aus und hießen den ganzen wertvollen Fischbestand auf einer Pferdegarre mitgeben.

— **Berlin, 1. Okt. (Vernunftst.)** Hier ereignete sich ein betäubender Unglücksfall. Der Köhler Schumacher ist von einem mit Stroh beladenen Erntewagen so unglücklich mit dem Kopf auf Boden gestürzt, daß ihm der Schädel vollständig zerschmettert wurde und der Tod auf der Stelle eingetreten ist. Der Unfall ist dadurch entstanden, das beim Abbinden des Fuders der Wiesbaum entzogen gegangen und S. infolgedessen vom Wagen heruntergeschleudert worden ist. Der betrübende Fall findet allgemeine Teilnahme.

— **Bielefeld, 1. Okt. In den Gewerkschaftswahlen** für die hiesigen Arbeiter traten die freien Gewerkschaften neun Kandidaten, die hiesigen einen durch. Zum ersten Male fand die Wahl auf der Grund der Verhältnissevertretung statt. Es haben 5558 Personen abgestimmt.

— **Essen, 29. Sept. Die Ausstattung der beiden Bräutigamen im Hause Krupp** scheint doch nicht so „bescheiden“ ausgefallen zu sein, wie die Berl. Blätter seinerzeit behaupteten. Der „Kronzeitung“ teilt mit, daß Frau Krupp Bestellungen für ungefähr 100 000 Mark machte, und zwar hauptsächlich Kleider, Matrasen, usw. Die Wäscheausstattungen sind andererseits bestellt worden. Man ordnete im Oktober müssen die Sachen abgeliefert sein. Bestellt sind ein a. Hochzeitskleid aus Cheepe de Chine, sehr reich mit Spitzen garniert. Ferner ein Gesellschaftskleid aus marineblauem Kaschmir, ein blaurotes Konzertkleid, ein braunrotes Promenadenkleid, ein Kleid aus Mohrseide und ein Dray-Tuch-Mantel. Frau Krupp hatte ferner für die Trauung eine lila Sommertoilette, eine lila Kaschmir, eine Polsterabende und ein Promenadenkleid aus lila Tulle bestellt. Es ist dies also immerhin eine Ausstattung, die sich sehen lassen kann, und wenn sie nicht übertrieben luxuriös ausfällt, so zeigt doch eben für den bescheidenen, deutschen Mann, der in der Familie Krupp wohnt.

— **Essen, 29. Sept. (Auf einen Personenzug geschossen.)** In der Strecke Strecke-Dinslaken fand auf einen Personenzug mehrere Revolver schüsse abgefeuert worden. Die Angeln durchschlugen die Fenster eines Abteils IV. Klasse, ohne jemanden zu verletzen.

— **Elberfeld, 1. Okt. (Großfeuer.)** In der Freitag Nacht wurden durch Großfeuer die beiden nebeneinander liegenden Fabriken von C. D. Wolf, Fabrik in Konfektionsstoffen und die Fabrik von u. Co., mechanische Weberei, zerstört. Der Schaden beläuft sich auf 1 1/2 Millionen, ist jedoch bei fünf Versicherungsgesellschaften gedeckt.

— **Düsseldorf, 29. Sept. Mit einem raffinierten Schwindel** hatte sich die hiesige Strafkammer in der Person des Schwindlers G. als Gefährte bei dem hiesigen Schuhmachermeister Meier

Denken wir schon bald aufrichte er seine Meinung, das Geschäft des
zu dem geforderten Preise von 12 400 Mk. käuflich zu erwerben.
1000 Mark Vermögen habe er, das übrige werde sein „Vater“ her-
geben. Wirklich traf von letzterem einige Tage später ein Schreiben
auf, worin er sich zur Vergabe des Geldes bereit erklärte und den
Sohn ermahnte, nur immer fleißig und redlich zu sein. Als
Schüler des Vaters auf das Geschäft hatte er nun gute Tage; er stand für
den Bär bei den Käufen „zwei Angeln“ und einer goldenen Uhr.
Schon während die Braut des R. nach einem Besuche des „Bräutigams“
das Paar allerhöchster Damenstiefel auf Kredit mitnahm. Dann
ist plötzlich der Geselle verschwunden; erst im Gerichtssaal erblühte
in der bürgerliche Meister wieder. Man hatte den Schwindler täu-
schend in Gießen ausfindig gemacht; bei sofortiger Verhaftung wurde
er zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

W. Ballendar, 29. Sept. (Neues von der Mißwirtschaft.)
Die letzte Sitzung der Stadtverordneten brachte wieder eine ganze
Reihe von Ueberraschungen aus der Verwaltung des
unseren Bürgermeisters Kohls. Zunächst ergab sich bei
der Beratung über die Eingemeindung des Ortes Ballendar in
Ballendar, daß in der Gemeindefasse ein Fehlbetrag von 10 800
Mark besteht, über dessen Ursprung kein Mensch eine Auskunft
geben vermag. Auch in den anderen zur Landbürgermeisterei
und Ballendar gehörigen Orten Niederwert und Weitersburg sind sehr
deutliche Defizite vorhanden, über deren Entstehen niemand etwas
in Erfahrung bringen konnte. Weiter wurde mitgeteilt, daß der Bezirksausschuß in Koblenz
den Antrag der hiesigen Stadtverordnetenversammlung auf Erlass
eines Defizitenbeschlusses gegen den früheren Bürgermeister Kohls ab-
gelehnt habe. Bürgermeister Meyer teilte sodann mit, daß er vor-
hergem vor der Staatsanwaltschaft in Neuwied vernommen wor-
den sei, und daß demnächst eine ganze Anzahl Personen aus dem
Orte Weitersburg, der auch zur Landgemeinde Ballendar gehört,
wegen der Sache gegen Kohls verurteilt werden würden. Dann kam
die Sprache, daß der Helfische Armenfonds, der ursprünglich die
Summe von 48 000 Mk. betragen habe, unter Kohls Verwaltung bis
auf 23 000 Mk. zusammen gesunken sei. Jetzt ist der Fonds
auf 47 000 Mk. ergänzt, aber niemand kann sagen,
weshalb und in welchen Summen dieser Fonds ergänzt wurde. Ein
Stadtverordneter bemerkte sehr zutreffend, daß an der ganzen Kohls-
schaft schon Mißwirtschaft allein der Vorstände der hiesigen Sparkasse
erwähnt werden müßte, wenn dieser Herr (gemeint ist der oft genannte
Stadtverordnete A. Kohl) an Kohls nicht immer wieder Gelder
abgegeben hätte, wäre die ganze Kohlsche Mißwirtschaft schon im
Jahre 1900 zusammen gebrochen, und die Stadt wäre vor großen
Schäden bewahrt geblieben. Durch die Ablehnung eines Defiziten-
beschlusses gegen Kohls ist die Stadt Ballendar gar nicht in der
Lage, gegen Kohls zivilgerichtlich vorzugehen, man beschloß des-
halb den ablehnenden Bescheid nachprüfen zu lassen, umso mehr, als
in der Stadt bei dem Disziplinarverfahren gegen Kohls gar keine
Mitwirkung möglich war.

Wonn, 29. Sept. (Humor aus dem Gerichtssaal.) Auf
eine Frage nach ihrem Stande erwiderte in Wonn eine biedere
Frau dem Richter: „Ich bin im Ehestand“.

Zeichenmischel, 29. Sept. (Unruhen.) Wie die
„Wälz.“ berichtet, wurde der Witwe Karoline Berg ein Unruhen-
schreiben geschickt. Die Witwe steht im 99. Lebensjahr.

**„Saarbrücken, 1. Okt. Bei der Verhaftung eines lange
in der Verhaftung Verbrüder in Maffatt-Burbach feuerte dieser auf einen
Polizeimann und verletzte ihn tödlich. Der Täter wurde
verhaftet.“**

**Nachen, 1. Okt. Auf dem Hüttenwert Rote Erde fand Sam-
stag vormittag die von der Lohnkommission der ausländischen Arbeiter-
vereine nachgeführte Besprechung mit der Direktion statt.
Zur Mitteilung der Direktion wurde der Kommission eröffnet, daß
die Arbeit nur auf Grund des von der Direktion schon am 2. August
erlassenen unabänderlichen Standpunktes (wonach die geforderte ge-
neue Lohnaufbesserung ausgeschlossen ist) wieder aufgenommen werden
kann. Die Frage, ob die Arbeiterschaft sich auf diesen Standpunkt ge-
stellt habe, konnte die Lohnkommission nicht beantworten.**

Höchst 1. Okt. (Ein fetter Prozeß.) Das „Höchst. Kreis-
gericht“ hat ein magerer Vergleich besser ist, als ein fetter Prozeß.
Die alte Wahrheit erfährt jetzt wieder ein Gastwirt in einem Nachbar-
stadt. Er hatte seinerzeit 50 Mk. demjenigen versprochen, der ihn
weisen würde, daß er (der Wirt) sich mißliebig über einen bestimm-
ten Verein geäußert hätte. Der Beweis wurde erbracht, der Wirt aber
wollte nicht zahlen, und es kam zum Prozeß, der sich mehrere Jahre
hinzog und durch alle Instanzen zog. Jetzt ist er endgültig
ungunsten des Wirtes entschieden worden, der nun an Prozeßkosten
rund 2000 Mark zu zahlen hat.

Die Opiumseuche in China.

Die Zeitungen melden, daß China ernstlich daran denkt, ein
modernes Land zu werden. Den Anfang zu dieser Umgestaltung soll
eine Regierungsbekret machen, das die Opiumseuche ausrottet. Ein
solches und gefährliches Unternehmen, und das haben die re-
gierenden Söhne des Himmels auch anerkannt, indem sie ganze
Jahre für diese Reform angelegt haben. Das dürfte keine
geringe Frist sein. Denn es gilt, Millionen von Menschen
ab vom Laster zu entziehen, an das sich der Organismus gewöhnt,
da dem er nur entwöhnt werden kann unter den größten Ge-
fahren für seine Existenz und Brauchbarkeit. Wer einmal die aus-
sartigen Mischheit der Mohnkapseln gewonnenen Opiumkuchen ge-
kostet hat, der kennt die verlockende Macht des Opiums.
Aus dem Orient war die Opiumkultur schon im Altertum
bekannt. Griechen und Römer. Man kesselte weite Felder mit
Opiumkapseln. Die Opiumkapseln und entnahm den Mohnkapseln vier-
zehn Tage vor dem Reifwerden ihren Saft, aus dem das Rauch-
mittel gewonnen wurde. Das System ist heute in Kleinasien, in
Südafrika, der Türkei, Ägypten, und sogar in der Umgegend von
Berlin das gleiche geblieben. Man formt aus dem gewonnenen,
gelblich-bräunliche Farbe annehmenden Opiumsaft entweder kleine Tab-
kugeln oder gewinnt durch Destillation den reinen Opiumtrakt, der
nach Entfernung verdünnter Feuchtigkeit an Kraft zunimmt.
China, heute das größte Opiumland, der Welt, hat die Kultur
des Opiums erst verhältnismäßig spät, im siebzehnten Jahrhundert,
aus Indien gelernt. Seitdem hat sie dort ungeheure Fortschritte ge-
macht.

Nicht nur die Reichen trösten dem Laster, sondern auch die
Armen. Und das ist gerade die Gefahr, die im Opiumkranke
steckt: Er peitscht die schlimmsten Leidenschaften in dem un-
glücklichen Menschen an, der aller Verbrechen fähig ist, um sich
den Gift zu verschaffen. Es ist statistisch festgestellt worden, daß
China die größte Zahl der Eigentumsverbrechen verübt. Diese
Erscheinung ist um so auffälliger, als in China Diebstahl
unter Umständen mit dem Tode bestraft wird, da er nach den
Vorschriften der Landesgesetze auf einer Stufe mit Mord und
Vergewaltigung steht.

Und welche Freuden verschafft sich der Opiumraucher? Alsge-
wöhnlich nimmt man an, das Opium führe den Menschen in lust-
volle Träume, gaule ihm Visionen der Heiligkeit vor, die einem
überblichen die Wirklichkeit niemals bieten kann. Dem ist nicht

so. Das Haschisch allein hat die Fähigkeit, so stehliche Trug-
erscheinungen hervorzubringen. Das Opium macht den Menschen im
Gegenteil stumpf, müde und schläfrig im Gegenfalle zum Haschisch,
der aufregend wirkt. Und gerade wegen dieser füllenden Eigen-
schaften ist die Opiumseuche in China so verbreitet. Durch den
Genuß sucht der Chineser vollständiges Vergessen von allem Tra-
dichen. Man findet in China vielfach Familienväter, die ihre
Kinder verkrüppeln lassen, um sich Opium zu kaufen. Man hat die
meisten Verbrecher, die sich bergen wollen vor ihrem Gewissen, in
den Opiumhöhlen entdeckt. Daß all diesen Verlorenen jetzt ihr
Gift genommen werden soll, bedeutet eine Tat von unerhörter
Kühnheit. Aber es ist kaum zu hoffen, daß sie je gelingen wird.

Die schönen Französinen.

Ein Ereignis, das wert ist, von einem Lustspielmacher zu
einem Schwanke verarbeitet zu werden, nahm vor kurzem in der
alten Lombardengasse Maila n. seinen Anfang. In der Gallerie
Vittorio Emanuele konnte man jeden Abend zwei Damen, eine
jüngere und eine ältere, aber beide durch ihre Schönheit auffallend,
promenieren sehen. Man wußte nur, daß sie aus Frankreich waren,
und nannte sie bald nicht anders als die schönen Franzö-
sinnen. So erregten sie auch die Aufmerksamkeit und das besondere
Wohlgefallen eines jungen, und wie sich in der Folge ergab,
reichen fremden Herrn aus vornehmer Familie. Dieser näherte
sich schließlich den Damen und hat sie nach wiederholtem Zusam-
mensein um die Erlaubnis, sie in ihrem Heim besuchen zu dür-
fen. Nach längerem Zögern gewährte die ältere der beiden Damen,
welche die selbst noch jugendliche Mutter der jüngeren war, die
Bitte. Der Fremde ward empfangen. Die Damen waren ange-
nehmlich Französinen, Gattin und Tochter eines während der asia-
tischen Expedition gegen China gefallenen Kapitäns.

Wenige Tage später waren die liebenswürdige Tochter und der
Fremde ein glückliches Liebespaar. Doch wußte die Mutter nicht
von der Seite ihrer Tochter, sehr mit Recht geltend machend, daß
es unpassend sei, ein junges Paar auch nur einen Augenblick
ohne Aufsicht einer älteren Person zu lassen. Nach erfolgter Ein-
segnung wurde sie, wenn auch blutenden Herzens, sich von ihrem
Töchterchen trennen und es der Liebe und Ehre ihres Schwieger-
sohnes überlassen.

Die Sache hatte nur noch einen Haken, die Mutter konnte
von ihrer Witwenpension auch nicht annähernd leben. Keinen
Augenblick zögerte der glückliche Bräutigam, für seine Schwiegermama
eine recht ansehnliche Summe auf einer Bank zu de-
ponieren, welche die nun aller Sorgen ledige Dame am an-
deren Morgen schon abholte und, wie sie sagte, in ihrer ica-
nischen Heimat anlegte. Auch für die junge Frau wurde für
alle Eventualitäten ein sehr hoher Betrag, übrigens ebenfalls auf
den Namen der Mutter, eingezahlt und von dieser nach wenigen
Tagen in das Ausland geschickt. Nachdem die nötigen Papiere
zur Stelle, alle Formalitäten erfüllt, und so dem italienischen
Staatssekret die nötige Genehmigung, fand nach Abschluß des bür-
gerlichen Ehevertrages die Trauung in einer lombardischen Dorf-
kirche unsern Monza statt. Von dort ging es nach Schwereim
Abschiede von der Mutter der jungen Frau nordwärts.

Am Reisefest angelangt, ließen die Herrschaften im ersten Hotel
ab, um das telegraphisch bestellte Quartier zu beziehen. Sehr er-
müdet von dem langen Hin- und Herfahren bei Tag und Nacht
zogen sie sich bald zurück. Nun sollte der junge Gatte eine
fürchterliche Entdeckung machen, seine Lebensgefährtin war
ein Mann. In Anstöße warf er über diesen her, ent-
schlossen, den Betrüger zu erwürgen. Da kam er aber an die
falsche Adresse. Seine junge Gattin war nämlich nicht nur
ein Mann, sondern auch ein in jeder Art von Dresse, Feste-
und Kostümkunst, wie besonders im Bogen ungemein gewandter
Birkusreiter. Mit einem Totschläger, den die „junge Frau“
immer bei sich führte, um gegen etwaige Indignitäten sofort
gefechtsbereit zu sein, parierte sie nicht nur alle Streiche ihres
wütenden Gatten, sondern bearbeitete ihn ganz jämmerlich, ohne
Gnade und Erbarmen, als plötzlich wie aus der Erde gewachsen
auch die Schwiegermama auf dem Schlagfelde erschien und sich
lebhaft am Kampfe beteiligte. Madame la capitaine war gar keine
venianisierte Kapitänswitwe, sondern Tierskämpferin.
„Bestien habe ich im Kirtus dressiert, werde auch dich nach
meiner Weise tanzen lassen.“ Der Herr Schwiegerjohn brüllte vor
Schmerzen und lodte dadurch zahlreiche Gäste und Hotelangestellte
herbei, während die junge Gattin sich rasch wieder in ihre Hoch-
zeitskleider geworfen hatte. Nun mußte der mit keinem Worte
der italienischen Sprache Mächtige eine förmliche Flut der schwe-
ren Anklagen und Schmähungen über sich ergehen lassen, wie der
brutale Tyrann seine junge Gattin mißhandelte, seine Schwiegermama
beschimpfte und beleidigte. So etwas aber dulden die Italiener
nicht. Sie begannen den rohen Gatten nochmals tüchtig
durchzuknien. Nachdem dieser eine gefasene Rechnung be-
stehen, ward er im buchstäblichen Sinne des Wortes aus dem
Hotel hinausgeworfen. Die auf der Straße angesammelte
Menge zeigte nicht wenig Lust, ihm eine dritte Lektion zu ver-
abreichen.

Am anderen Morgen begab sich der so unversorgt zum Stro-
hwirter Gewordene zum Konsul seines Heimatstaates, um ihn zu
bitten, ihm Genußung zu verschaffen und ihm wieder zu seinem
Gelde, einem ansehnlichen Teil seines ganzen Vermögens, zu ver-
helfen. Der Konsul überließ sich sehr schnell die Sachlage, sah ein,
daß hier überhaupt nichts mehr zu retten sei, und erklärte dem Dupier-
ten, das flügge sei im vorliegenden Falle — zu schweigen.

Bermischtes.

— **Eisenbahnunglück.** Samstag fuhr auf der Strecke
Longbranch-Philadelphia der Pennsylvaniaabahn, ein Wei-
len nördlich von Philadelphia, die Lokomotive des
New York Express mitten durch einen Schlafwa-
genzug, der von Longbranch nach Philadelphia fuhr,
zertrümmerte dessen vorderen Wagen und beschädigte die
übrigen. Fünf Menschen sind tot, 20 verletzt.

— **Opfer des Unwetters.** Aus Mobile wird gemel-
det: Die Zahl der infolge des Vollenbruchs unge-
kommenen Personen wird auf etwa 75 geschätzt.
Zünftausend Gebäude sind beschädigt. Die
Ernte in Obst, Gemüse, Baumwolle und Zuckerrohr in
Süd-Mabama und Mississippi ist zerstört. — Bei dem
Sturm in Pensacola sind etwa 30 Fischerboote ge-
sunken. Die Gleise der Louisville und Nashville-Eisen-
bahn sind auf eine Strecke von 30 Meilen zerstört.

— **Im Marshallgebäude des Palais des Prin-
zen Albrecht** in der Königsgrabenstraße (Berlin) brach
Samstagabend in der Bodenkammer ein Him-
merbrand aus. Zahlreiche Feuerwehren aller Re-
viere, der Branddirektor und der Polizeipräsident waren
alsbald zur Stelle. Infolge großer Futtervorräte im
gleichen Gebäude war die Gefahr erheblich, doch konnte
der Brand in kurzer Zeit gelöscht werden, ohne daß

größerer Schaden entstand. Es verbrannten nur Matrasen
und Möbelstücke.

— **Zwischen den Schranken.** Sonnabend abend ge-
gen 10 Uhr 30 Minuten wurde zwischen den Stationen
Graubenz und Woffarten auf dem Ueberwege der Straße
nach dem Pfaffenberge ein Dienstfuhrwerk des In-
fanterie-Regiments Nr. 141 beim Schließen
der Zugschranke eingeschlossen und vom Schnell-
zuge 67 überfahren. Zwei Offiziere und ein Fähn-
rich konnten sich durch rechtzeitiges Abspringen retten.
Der Fährer, Musketier Scheue von der 4. Kompagnie
Infanterie-Regts. 141, wurde schwer verletzt und wurde,
nachdem er vom Bahnarzt Medizinalrat Hahnradt die
erste Hilfe erhalten hatte, nach dem Garnisonlazarett ge-
schafft. Der Wagen wurde zertrümmert, das Pferd blieb
unverletzt. Schnellzug 67 erlitt eine Verspätung von etwa
30 Minuten. Die Untersuchung über die Ursache des Un-
falls ist eingeleitet, jedoch noch nicht abgeschlossen.

— **Ein Raubmord** hat sich in Klein-Mochern er-
eignet. Dort wurde ein fünfzehnjähriger Arbeiter na-
mens Winter in der Nähe der evangelischen Kirche er-
würgt aufgefunden. Ein der Tat verdächtiger Arbeiter
namens Herzog ist bereits verhaftet worden. Mehrere
Taschentücher waren dem Ueberfallenen in den Mund
gestopft worden, um ihn am Schreien zu verhindern;
man zog sie blutbefleckt dem Toten aus dem Munde.
Folgend welche Spuren eines Kampfes konnte man am
Fundort nicht ermitteln, so daß anzunehmen ist, daß
der Ermordete, der völlig beraubt war, erst nach ge-
schehener Tat an den Fundort geschleppt worden war.
Bei dem Ermordeten wird der Wochenlohn, sowie ein
Fahrrad vermißt.

— **Durch einen Sturm** sind in Pensacola (Florida)
alle Häuser beschädigt. Bei vielen wurde das Dach
fortgerissen. Die Küste ist besetzt mit Trümmern der
Landungsbäume und Schiffe. Mehrere Dampfer, so-
wie zahlreiche Segelschiffe wurden von der Flut weit
aufs Land getrieben und liegen jetzt auf den Stra-
ßen. Der in Pensacola und Umgegend angerichtete Scha-
den beträgt mehr als 2 Millionen Dollars. Der Getrei-
beelevator und die Landungsbäume der Louisville and
Nashville-Eisenbahn sind stark beschädigt.

Neueste Nachrichten

W. Continental-Telegraphen-Compagnie (Wolfs Bureau); H. Reich's
Telegraphisches Bureau; E. Privatmeldungen.)

H. Berlin, 1. Okt. Bei einem Streit zwischen polnischen
Arbeitern wurde der 31-jährige Arbeiter Leo Günther durch
Beistände tödlich verletzt.

H. Liegnitz, 1. Okt. 98 Gemeinden haben wegen den
durch das Kaisermandat entstandenen Schaden Ersatzaufprüche
gestellt.

H. Dresden, 1. Oktober. In der Zigarren-Fabrik von
Jasmah wurde gestern die Niederlage durch Feuer zerstört.
Der Schaden ist bedeutend.

H. Hamburg, 1. Oktober. Ein 16-jähriger Schüler des
Cimsbütteler Realgymnasiums erschoss sich vor den Augen seiner
Mitschüler, weil er nicht verfeht war.

W. Rom, 1. Oktober. Bei Kardinal Sanmelli wurde
ein großer Einbruch verübt. Messgewänder von großem
künstlerischen Werte, silberne Pokale und kostbare Kirchen-
geräte wurden gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Die türkisch-bulgarische Spannung.

W. Wien, 30. Sept. Das Wiener Corr. Bureau mel-
det aus Konstantinopel: Gestern fand im Vilay ein
außerordentlicher Ministerrat statt, der sich an-
geheim mit der Haltung Bulgariens beschäftigte.
Es verlautet, daß an der Grenze ernste Zwischen-
fälle vorgekommen seien, bei denen mehrere Ba-
taillone beteiligt waren.

W. Jütl, 1. Okt. Das Hotel auf dem Schiffsberg ist
gestern abend vollständig niedergebrannt. Die Ursache de-
Brandes war wahrscheinlich elektrischer Kurzschluß.

H. Sofia, 1. Oktober. Ein bulgarischer Postbeamter hat
10 000 Mk. in bulgarischen Banknoten gestohlen.

W. Bukarest, 1. Okt. Ein Postbeamter ist nach Ent-
wendung von 200 000 Franken in bulgarischen Banknoten
aus der Eisenbahnpost Sofia-Barna flüchtig geworden.

W. Kronstadt, 1. Okt. Gestern fällte das Kriegsge-
richt das Urteil gegen die Kronstädter Meuterer. Der
ehemalige Dumaabgeordnete Anichon wurde zum Ver-
lust aller Rechte und Deportation verurteilt. 19 Ma-
trofen wurden verurteilt zum Tode durch Erschie-
ßen, 12 zu Zwangsarbeit auf unbestimmte Zeit, 120 zu
Zwangsarbeit von 4 bis 20 Jahren, 429 unter Einrei-
hung in die Arrestantenabteilung zu Gefängnisstrafen.
129 Matrosen und 3 Bauern wurden freigesprochen. Das
Urteil bedarf noch der Bestätigung des Kommandanten
Abtersberg.

Standesamt Peltum.

Vom 1. bis 15. September.

Geboren: Ein Sohn den Nachbarnanten: Bergm. A. Mehr, Seil.
Bergm. W. Conrad, Mühle. Polizeiergeant J. Schodenhoff, Mühle.
Schneider M. Schier, Overberge. Bergm. G. Bubbe, Wiescherhöfen.
Bergm. F. Krojchinski, Overberge. Bergm. F. Harringhaus, Overberge.
Bergm. J. Panfaut, Rottum. Bergm. P. Taubert, Mühle. Köttler J.
Beckhulke ant. Günther, Peltum. Bergm. G. Hermann, Peltum. Land-
wirt J. Fischer, Sandbochum. Bergm. G. Rendorf, Lerche. Fabrikant W.
Binhoff, Wiescherhöfen. Bergm. F. Kalinowski, Mühle. Bergm. Ant.
Folter, Mühle (Zwill.). — Eine Tochter der Nachbarnanten: Bergm.
A. Neumann, Overberge. Bergm. D. Biermann, Overberge. Bergm. F.
Borzhaltje, Overberge.

Gestorben: Ida Gabriel, Mühle 9 M. 14 J. W. Drath, Wiescher-
höfen 29 J. F. Lude, Wiescherhöfen 6 M. 12 J. G. Haarmann, Over-
berge 4 M. 23 J. O. Eichhoff, Mühle 5 M. 20 J. Clara Charlotte Wind,
Peltum 26 J. Elise Schmiedinghöfer, Peltum 2 M. 16 J. F. Stehling,
Wiescherhöfen 9 M. 14 J. Handlanger J. Stres, Mühle 66 J. 2 M. 16 J.
St. Boneyl, Mühle 1 J. 18 J. Eine männliche unbekannte Person,
30-35 J. Herringen.

Verantw. Redakteur Fr. Meher. Namen.

Bekanntmachung.

Nachdem nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 die ortsanwesende Zivilbevölkerung der Stadt Kamen auf mehr als 10000 Einwohner nämlich 10429 ermittelt ist, treten von jetzt ab für die Verwaltung diejenigen Bestimmungen in Kraft, welche für Städte von mehr als 10000 Einwohnern bestehen. Ich bringe folches hierdurch mit dem Bemerkung zur Kenntnis der Ortseingesessenen, daß namentlich bei Einlegung von Rechtsmitteln (Beschwerde, Klage) gegen polizeiliche Verfügungen usw. es im Interesse der Beteiligten liegt, sich über das einzulegende Rechtsmittel im Schlußsatz der Verfügungen zu orientieren oder im Falle des Zweifels auf den städtischen Verwaltungszimmern sich zu erkundigen.

Der Bürgermeister: J. B.: Grevel, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 52 des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 ist jeder, der den Betrieb eines stehenden Gewerbes anfängt, verpflichtet, der Gemeindebehörde des Ortes, wo solches geschieht, vorher oder gleichzeitig davon Anzeige zu machen.

Zu widerhandlungen sind im § 70 a. a. D. mit Strafe bedroht.

Da noch immer vielfach es unterlassen wird, die gesetzliche Verpflichtung zur Anmeldung eines steuerpflichtigen Gewerbes innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu erfüllen, werden die betr. Gewerbetreibenden auf die oben bezeichneten gesetzlichen Bestimmungen hierdurch hingewiesen. — Die Anmeldung geschieht auf Zimmer 3 des hiesigen Rathauses.

Kamen.

Der Magistrat: v. Basse.

Bekanntmachung.

Nach § 21 Abs. 2 des Einkomm.-Steuer-Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1906 steht denjenigen Steuerpflichtigen, welche einen mehrfachen Wohnsitz haben, bzw. am hiesigen Orte des Verdienstes wegen sich nur vorübergehend aufhalten, jedoch an einem anderen Orte Preußens einen festen Wohnsitz haben, das Recht zur Wahl des Ortes ihrer Veranlagung zur Einkommensteuer zu.

Diejenigen Personen, welche dieses Wahlrecht für die nächstjährige Veranlagung ausüben beabsichtigen, werden aufgefordert, ihr Vorhaben bis spätestens zum 15. d. M. auf unserem Steuer-Bureau — Zimmer 3 — anzuzeigen. Später zur Anmeldung kommende Anträge bleiben unberücksichtigt.

Kamen.

Der Magistrat: v. Basse.

Bekanntmachung.

Diejenigen Steuerpflichtigen im Magistrats-Bezirk Kamen, welche bei der nächstjährigen Steuer-Veranlagung **Schuldenzinsen, Rassenbeiträge u. sonstige Lasten**, sowie **Lebens- und Feuerversicherungsprämien** berücksichtigt haben wollen, werden gemäß Artikel 4 der Ausführungs-Anweisung vom 25. Juli 1906 aufgefordert, diese Abzüge unter Vorlage der als Belege dienenden Schriftstücke (Urkunden, Quittungen pp.) bis zum 15. d. M. auf unserem Steuer-Bureau (Zimmer 3) nachzuweisen. **Später, sowie im vergangenen Jahre erbrachte Nachweise haben keine Gültigkeit.**

Kamen.

Der Magistrat: v. Basse.

Bekanntmachung.

Nach § 32, 2a der Wehrordnung dürfen im ordentlichen Reklamationsverfahren die einzigen Ernährer hilfloser Eltern, Großeltern oder Geschwister von der Ersatzkommission vorläufig zurückgestellt und nach § 40, Ziffer 2 a. a. D. von der Oberersatzkommission vom aktiven Militärdienst überhaupt befreit werden, wenn den Reklamierten in ihrem dritten Militärpflichtjahre die genannten Berücksichtigungsgründe noch zur Seite stehen. Daß diese Bestimmungen allgemein bekannt sind, beweist die erhebliche Zahl der alljährlich beim Musterungs- und Anhebungsgeschäft vorliegenden mehr oder minder begründeten Anträge.

Ganz falsche Anschauungen scheinen dagegen im Publikum über die Pflichten zu herrschen, welche einem auf Grund dieser Bestimmungen vom aktiven Dienst befreiten Manne seinen in Frage kommenden Angehörigen gegenüber obliegen.

Einige zu meiner Kenntnis gelangte Fälle haben ergeben, daß die gewährte Vergünstigung in unverantwortlicher Weise mißbraucht worden ist, indem die Reklamierten — und zwar fast ausschließlich nach erfolgter Entscheidung ihrer Reklamation — sich verheiratet und unter gänzlicher Verkennung der übernommenen Verpflichtungen alsdann erklärt haben, für ihre Eltern, Geschwister usw., deren Unterstützung die vornehmste Aufgabe der Reklamierten sein sollte, teils gar nicht und teils nur unzureichend sorgen zu können, weil der Unterhalt der eigenen Familie oder die Krankheit der Ehefrau oder ähnliche Umstände eine ausreichende Fürsorge unmöglich mache.

Gelangen solche Fälle zu meiner Kenntnis, dann ist ausnahmslos die Einleitung des Verfahrens auf nachträgliche Einstellung des Mannes die unmittelbare und durch die §§ 39, 40 bzw. 40, 6 der Wehrordnung angeordnete, also gesetzliche Folge.

Um zu verhüten, daß solche Maßnahmen erforderlich werden, und um gleichzeitig auch für die Zukunft volle Klarheit zu schaffen, welche Pflichten reklamierte Militärpflichtige übernehmen, mache ich das beteiligte Publikum deshalb darauf aufmerksam, daß die auf Reklamation vom aktiven Militärdienst befreiten Leute bei Vermeidung ihrer nachträglichen Einziehung zur ausreichenden Unterstützung ihrer Angehörigen, zu deren Gunsten sie reklamiert worden sind, bei unveränderter Erwerbsunfähigkeit unter allen Umständen verpflichtet bleiben, und daß hieran auch eine etwaige Verheiratung der Reklamierten nichts ändert.

Die Polizeibehörden sind angewiesen, auf die unbedingte Erfüllung der übernommenen Verpflichtung zu achten.

Kamm, den 11. Oktober 1902.

Der Königliche Landrat:
gez. Schulze-Peltum.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Unna.

Die Polizei-Verwaltung:
Sabat.

Sämtliche Kolonialwaren vorrätig bei J. Brombach.

Grüner & Neu's
Wasch-Extrakt
in Paketen à 1/2 Pfd. Netto à 15 Pfg.
empfiehlt
1970
Wwe. Heinr. Middendorf.

Im Auftrage des Herrn Rechtsanwalts Plange hier, als Verwalter im Konkurs über das von der Witwe Lederhändler **Albert Aronheim, Josefine geb. Cohen** hier, mit ihren Kindern in fortgesetzter westfälischer Gütergemeinschaft besessene Vermögen, werde ich am **Donnerstag d. 4. Okt. cr., morg. 10 Uhr,** bei dem Wirt **Rieder am Markt** hier:

eine zur Konkursmasse gehörige goldene Herren-Uhr nebst Kette, sowie eine Forderung an den in Konkurs geratenen Schuhwarenhändler **Albert Schäfer** in Kamen in Höhe von 714 Mk. 34 Pfg. gegen sofortige Zahlung meistbietend versteigern.

Kamen.

Harbach, Gerichtsvollzieher.

Verding.

Die zum Neubau eines Wohnhauses für Herrn **Bern. Gepp** in Kamen erforderlichen Bauarbeiten und zwar:

Grd- und Maurerarbeiten
Zimmerarbeiten
Dachdeckerarbeiten
Klempnerarbeiten
Schmiedearbeiten
Schreiner- u. Schlosserarbeiten
Glas- u. Austreicherarbeiten

sollen verdingen werden und liegen Zeichnung, Kostenanschlag und Bedingungen auf dem Bureau des Unterzeichneten **von heute bis zum Freitag dem 5. d. Mts., abends 6 Uhr,** zur Einsicht offen. Angebote sind bis dahin mit entsprechender Aufschrift versehen postfrei und verschlossen einzureichen.

Kamen, den 1. Oktober 1906.

10684

F. Heimeier.

Mein Bureau befindet sich jetzt
Kamen, Weststraße 78.
Hordzewitz,
vereideter Landmesser.

10674

Maurer und Handlanger
stellt sofort ein auf **Zeche Preußen I**
Fr. Müller, Architekt,
Bochum.

10661

Genau hinsehen

beim Einkauf, damit an Stelle der gewünschten Oetker's Fabrikate, wie Backpulver und Vanillin-Zucker, à 10 Pfg. (3 St. 25 Pfg.) keine Nachahmungen untergeben werden. Die realen Geschäfte liefern die echten gern.

10661

Grüner & Neu's
Panamaholz-Wasch-Extrakt
in Paketen und 1/2 Pfd. Netto à 15 Pfg.
empfiehlt
3969
Js. Kadden, Kamen.

Jeder Deutsche
kaufe wenigstens ein Los der
Günstigen **Karlsruher**
Jubiläums-Lotterie
Ziehung schon 6. Oktober.
Bar Geld
sofort für sämtl. Gew. mit 90%
3918 Gew. zus. i. W.
M. 80,000
1. Haupt- M. 20,000
2. Haupt- M. 10,000
3. Haupt- M. 5,000
3915 Gew. zusammen M. 45,000
Lose à 1 M. (11 Lose 10 M., Porto u. Liste 30 P. extra)
empfiehlt das General-Debit
J. Stürmer, Strassburg i. Els.,
886 Langstr. 107. *5865

Handschuhe

aller Art färbt, reinigt 649?
Färberei Galluschke,
Kamen, Weststr. 88.
Dortmund, Westendweg 191.

Ich war paff,

als ich kürzlich Schuhe sah,
die mit **Galop-Creme Pilo**
wunderbar glänzend gewischt
waren und kaufe jetzt nur
noch dieses.

Zu haben bei:

Brombach, J.
Diening, C.
Jakobi, H.
Kötter, W.
Mittendorf, Hch.
11011

Ein Schatz

ist ein zartes, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, weiche, samtmettliche Haut und blendend schöner Teint. Alles dies wird erreicht durch die echte

Steckenpferd-

Villemilch-Seife
v. Bergmann & Co., Nadeben
mit Schutzmarke: **Steckenpferd.**
à 50 Pf. bei **W. Felting.** 1118

la. gebrannte Kaffee's

empfiehlt billigst
J. Brombach.

Wasche mit



Luhns
Giebt schönste Wasche
Nurecht MIT ROTBAND
469 3126

„Die Kunst des Inserierens“

Neue Broschüre
an Interessenten
porto- u. kostenfrei
Daube & Co.
O. M. B. H.
Annoncen-Expedition
Hohestraße 148/50
Klein a. Rh.

Krieger- und Landwehrverein KAMEN.

Die zur Reserve entlassenen Kameraden bitten wir unsern Verein möglichst bald beizutreten. Anmeldung vor dem 1. Jan. 1907 bedingt Befreiung vom Eintrittsgeld 1059!
Der Vorstand.

Krieger- und Landwehrverein Overbergo, Lerche, Rottum, Ostendfeldmark.

General-Versammlung
am Sonntag d. 7. Okt. d. J. nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal beim Wirt **W. Mast.**

Tages-Ordnung:
1. Zahlen der rückständigen und fälligen Beiträge.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Beschluß der neuen Satzungen.
4. Bericht vom Delegiertenkongress in Mentrop.
5. Bericht der Rechnungs-Vorworen.
6. Beratung über Kaiserjubiläumsfeier.
7. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
1069!
Der Vorstand.

Jedes 2te Los gewinnt bei der Kölner Lotterie
Wer 1 gerade u. 1 ungerade Endnummer kauft, erhält 1 Gewinn. — Dabei sind die Hauptgewinne im Werte von **15000, 10000, 5000, 3000, 2000, 2x1500, 3x1000, 5x600, 20x300, 30x100, 50x60, 200x40, 600x10 Mark;** die übrigen Gewinne sind Reproduktionen von Werken erster Künstler. Ziehung im Dienst-Gebäude der königlichen General-Lotterie-Direktion in Berlin am 31. Oktober. Lose à 2 Mark (Porto und Liste 30 Pfg. extra). Zu haben bei den **Königl. Lotterie-Einnehmern** u. sonstigen Lose-Verkaufsstellen; wo nicht, versendet solche die **Lose-Vertriebs-Gesellschaft Königl. Preussischer Lotterie-Einnehmer, Berlin N., Monbijouplatz 1.**

Bei Gicht Rheumatismus Ischias Neuralgien

nehme man **Indoform.**
(Orthoogbenzoesäuremethylester)
Glänzende Erfolge, auch bei den ältesten Gelenk-Entzündungen. Ohne schädliche Nebenwirkungen. Ein ärztliches Urteil von vielen: **Beste Dosis für Ihre Indoform, dessen wir täglich die Wirksamkeit ich staunend erprobt habe.** Vorrätig in Apotheken und Glasbrüchen zu 75 Pf. und Mk. 1.50. Nützliche Anmerkungen und Rezepten. Nach Orten, wo nicht zu haben, versch. b. Voreinsend. d. Betrages portofrei **Fr. Schulz, Chem. Fabrik, Leipzig.**

Synagoge.
Mittwoch und Donnerstag:
6 1/2 Uhr abends.
Donnerstag und Freitag:
9 Uhr morgens.

Marktpreise.

Neu, den 1. Okt. 1906.
Produktenbörsen.

Weizen	100 Kilo	17,80	16,20
Hafer	"	15,90	14,20
Gerste	"	17,10	16,20
Mehl in Partien	"	65,—	—
do. 100 Kilo	"	65,—	—
do. 50 Kilo	"	65,—	—
geröstetes Malz	"	27,50	26,—
Malz (Mälzen)	"	27,50	27,—
Raps	"	28,50	—
Abfuchen	1000	119,—	—
in Klein. Partien	"	122,—	—
Malchinenfett 500	"	18,—	—
Flugelschmalz	"	20,—	—
Flügel	50	3,—	—
Quarner Hen	"	3,40	—
Kleien	50 Kilo	5,40	—
Kartoffeln	"	4,—	—
Butter	1	2,50	—

Druck u. Verlag von G. M. v. 1906

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Injektions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volkshfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 118.

Dienstag den 2. Oktober 1906.

34. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Eine deutsche Antwort

erteilte der Abg. Müller-Sagan in einer Rede auf englischer Unterredung. Der „Observer“ hatte sich ausgelassen, daß die Frage der Abrüstung auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz gestellt werden solle, wo England beabsichtigt sei zu verlangen, daß das Deutsche Reich sein Flottenprogramm ändere, und eine Weigerung Deutschlands als eine Bedrohung der englischen Interessen annehmen müsse. Dr. Müller-Sagan betonte dem gegenüber in einem kürzlich gehaltenen Vortrag: Gerade seine Partei, die Freisinnige Volkspartei, die in Heeres- und Flottenfragen am stärksten opponiert, müsse auf das nachdrücklichste jeden Versuch des Auslands zurückweisen, dem Deutschen Reich vorzuschreiben, wie weit es mit seiner Rüstung gehen dürfe. Was jetzt der „Observer“ verrate, sei schon auf der 14. Interparlamentarischen Konferenz in London zu Ende Juli d. J. zu vermuten gewesen, daß nämlich von englischer Seite versucht werden würde, auf der nächsten Haager Konferenz Deutschland seiner Rüstung wegen ins Unrecht zu ziehen. In London habe König Eduard nicht ohne Absicht als Friedensengel sich feiern lassen auf einer Münze, die an die Konferenzmitglieder verteilt wurde. Nicht ohne Bedacht habe auch der englische Premierminister Campbell-Bannerman sich zu der festen Absicht bekannt, nach der nächsten Konferenz im Haag zu gehen, um dort die Lasten des Kriegs- und Marinebudgets zu vermindern — wohl gemerkt, kurz bevor die englische Regierung es für gut befand, den Kongreßmitgliedern in den Arsenalen von Portsmouth drahtlos vor Augen zu führen, wie enorm gegenwärtig schon Englands Rüstung ist.

„Schiedsgericht und Abrüstung“, fuhr der Redner fort, stehen auf zwei ganz verschiedenen Brettern. Für Schiedsgericht vertrete ich unter allen Umständen, weil ich darin Bürgschaften sehe für die Erhaltung des Friedens und als christlicher Friedensfreund kein taugliches Mittel unberücksichtigt lassen möchte, die Schrecken des Krieges wie überhaupt den Appell an die rohe Gewalt so lange zu vermeiden, als dies sich mit dem Interesse des Vaterlandes vereinbaren läßt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Abrüstung aber erachte ich für ein Ideal, dem ich mit demselben Eifer, aber auch mit derselben Vorsicht nachstrebe, wie dem Ideal der Handelsfreiheit. So wenig ich einer fremden Nation oder einem internationalen Areopag die Befugnis einräumen kann, die Höchstgrenze der deutschen Rüstung zu normieren, so wenig kann ich einer fremden Nation oder einer internationalen Konferenz die Befugnis einräumen, die Höchstgrenze der deutschen Kriegsrüstung zu fixieren. Wie die Zollmauer so kann meines Erachtens auch die Kriegsrüstung, die unserem Volke so enorme Lasten aufbürdet, nur durch eine freiwillige Verständigung des Deutschen Reiches mit dem einen oder anderen fremden Staate in ähnlicher Weise abgetragen werden, wie dies bezüglich der Zollschranken auf dem Wege des Handelsvertrags zu geschehen pflegt. Als Deutscher kann ich nicht wünschen, daß von außen her, sei es durch eine fremde Macht direkt oder auf dem Umweg einer internationalen Konferenz ein Druck ausgeübt werde in der Richtung einer Abminderung seiner Kriegsrüstungen; ich kann dies auch dann nicht wünschen, wenn ich eine Selbstbeschränkung des Deutschen Reiches in seiner Wafferrüstung für nützlich und nötig erachte; denn meine Meinung nach ist Sache des deutschen Volkes die Mittel zu wählen, deren es bedarf, um sich seiner Haut zu wehren. In diese Frage soll uns das Ausland nicht hineinreden. (Lebhafte Zustimmung.) Je strenger wir Kritik üben an den Einrichtungen des deutschen Heeres und der deutschen Flotte, um so schärfer müssen wir jeden Versuch zurückweisen, Deutschland wegen der Stärke seines Heeres oder der Größe seiner Flotte von der Welt ins Unrecht zu setzen. Daß aber ein solcher Versuch von England im Haag gemacht werde, erscheint mir nicht ausgeschlossen, und deshalb halte ich es und hielt ich es von Anfang an für nötig, dem Abrüstungsantrag gegenüber die strengste Zurückhaltung zu beobachten. (Sehr richtig.)

Juristenstand und Versicherungsreform.

Von juristischer Seite wird uns geschrieben: Die Reform unserer Arbeiterversicherungsgeetze wird heute leider nicht mehr von dem Gesichtspunkte aus beleuchtet, wie die Interessen der Versicherten am besten gefördert werden. Es sind vielmehr die verschiedenen Berufsstände herangezogen mit Untersuchungen darüber, wie sie selbst bei der geplanten Versicherungsreform fahren würden, und je nach dem Ausfall dieser Untersuchungen sind Forderungen aufgestellt worden, deren Erfüllung sicher nicht im Interesse des Versicherten liegt. Wir Juristen haben uns nicht daran beteiligt, bei der Reform der Versicherungsgeetze Sonderprivilegien für uns zu erlangen, und auch durch diese Zeilen soll selbstverständlich derartige nicht erstrebt werden. Nicht verüßeln aber kann man es uns, wenn wir als Zuschauer betrachten, welchen Einfluß der geplante allgemeine Umbau voraussichtlich auf unseren Stand ausüben wird. Eine solche Erörterung erscheint um so mehr angezeigt, als die Anstellungsverhältnisse

der Juristen zurzeit traurig genug sind. Nicht nur in Preußen ist der Ueberfluß an Juristen groß, sondern auch aus anderen Bundesstaaten ertönen ähnliche Klagen, und es ist nicht zu erwarten, daß durch eine Verminderung des Andrangs zum Studium oder durch eine Vermehrung der vorhandenen Stellen in absehbarer Zeit eine erhebliche Besserung des jetzigen Zustandes eintreten wird.

Wie wird sich nun die Sachlage durch die Versicherungsreform gestalten? Niemand kann zurzeit sagen, wie letztere ausfallen wird, doch das eine scheint sicher fest zu stehen, daß nämlich für die Durchführung der Versicherungsgeetze besondere lokale Behörden geschaffen werden mit einem höheren Beamtenstand an der Spitze. Daß der Bezirk dieser lokalen Behörden wesentlich größer werden wird als ein preussischer Kreis, ist nicht wahrscheinlich und daß der leitende Beamte dieser Behörden ein Jurist sein wird, kann gleichfalls mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden. Es würden sich also, wenn man diesen Weg beschreitet, vielleicht 1000 neue Stellen für Juristen ergeben, denn bei den jetzigen Verwaltungsbehörden werden durch den Umbau der Arbeiterversicherung höhere Beamte höchstens in wenigen großen Städten entbehrlich, und wo dieses der Fall ist, würde auch die neue Versicherungsbehörde mit mehr als einem Juristen besetzt werden müssen. Dann kämen also noch einmal goldene Zeiten für den Juristenstand.

Es muß aber noch ein zweiter Punkt beachtet werden. Allgemein, auch von amtlicher Seite, ist anerkannt, daß die Organisation der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung eine mangelhafte ist und auf die Dauer so nicht bleiben kann. Das Streben weiter Kreise geht dahin, auch hier unabhängige, auf Lebenszeit angestellte Richter hinzustellen, während jetzt gewöhnlich die Schiedsgerichtsvorsitzenden nebenamtlich tätig sind oder aus Regierungs-Ärztinnen bestehen. Wenn auch hier die Wünsche der Sozialpolitiker verwirklicht werden, so müßte das gleichfalls einen außerordentlich günstigen Einfluß auf die Anstellungsverhältnisse der Juristen ausüben.

Aus dieser Betrachtung ist zu ersehen, daß die Reform unserer Arbeiterversicherungsgeetze, die ja für das Jahr 1910 in Aussicht gestellt ist, vielleicht von großer Bedeutung für den Juristenstand werden kann. Die jüngere Generation wird deshalb gut daran tun, schon bei Zeiten dieser den meisten Juristen ganz fern liegenden Spezialwissenschaft ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, am besten bereits auf der Universität durch Hören der Vorlesungen über Versicherungsrecht, dann aber auch durch praktisches Arbeiten auf diesem Gebiete. Gelegenheit hierzu bietet sich teils bei den Landräten und Magistraten, teils aber auch bei den Versicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften und Krankenkassen. Gründliches Eindringen in die Materie auch in der unteren Instanz ist dringend erforderlich, weil später bei den neuen Lokalbehörden sofort prompt und selbständig gearbeitet werden muß, wenn nicht die ganze Maschinerie ins Stocken geraten soll.

Die Verkehrsbedeutung Rheinland-Westfalens für die preuss. Monarchie.

Die Großartigkeit und Vielseitigkeit des Wirtschaftslebens in Rheinland-Westfalen, die nur an wenigen Orten der Welt erreicht oder gar übertroffen wird, läßt diese beiden Provinzen für das gesamte deutsche Reich und besonders für ganz Preußen, von größter Bedeutung erscheinen. Es spielt das Gebiet für die wirtschaftliche Machtfaktoren und für den Wohlstand des Gesamtlandes eine viel größere Rolle als seine verhältnismäßig kleine Fläche auf den ersten Blick vermuten läßt. Nur wenige mögen sich ein deutliches Bild davon machen, in welcher außerordentlichem Maße sich z. B. der Wirtschaftsverkehr in diesen beiden Provinzen konzentriert. Dabei heizt er sich infolge der hier mehr als in jeder anderen Provinz vorangeschrittenen Industrieentwicklung mit außerordentlicher Schnelligkeit. Auf dem Rheinstrom sowohl wie auf den Eisenbahnen, für die die gegenwärtig vorhandenen Gleise und Bahnhofsanlagen kaum noch ausreichen, schwillt der Verkehr immer mächtiger an. Für die Eisenbahnen insbesondere gibt die nachstehende Tabelle ein gutes Bild von dem hervorragenden Anteil, der auf Rheinland und Westfalen entfällt.

	Verkehr in Rheinland-Westfalen	Gesamtverkehr in Deutschland	Anteil Rheinland-Westfalens v. G.
1905:	177 005 458	316 511 307	55,92
1904:	169 904 381	298 421 575	56,93
1900:	151 992 331	264 968 032	57,36

Hiernach vollzieht sich der Eisenbahnverkehr Preußens mit seinen kolossalen Ueberflüssen zu mehr als der Hälfte innerhalb der genannten beiden Provinzen, während die Fläche derselben nur 15 Prozent der gesamten preussischen Monarchie ausmacht und von der Bevölkerung des ganzen Staates nur 30 Prozent auf sie entfallen. Namentlich in den Jahren 1900 und 1903 trat der Verkehr Rheinland-Westfalens besonders stark hervor und auch für das laufende Jahr 1906 ist nach den bisher vorliegenden Nachrichten gerade im Westen der Monarchie ein sehr erhebliches Anwachsen der Gütermenge zu erwarten. Kein Wunder, daß gerade auch hier der leidige Wagenmangel um so schwerer empfunden wird.

Deutschland.

— (Die braunschweigische Frage.) In sehr auffälliger Weise wird vom „Berl. Lot.-Anz.“ die Frage einer Einverleibung Braunschweigs in Preußen angeschnitten. Es wird die Auffassung Bismarcks zitiert, daß die Krone Preußen durch die Annexion Braunschweigs Rechtsnachfolgerin der hannoverschen Welfen geworden und infolgedessen auch in Braunschweig erbbererechtigt sei, während das ehemalige hannoversche Regentenhaus nicht mehr erbberichtet sei. Die damaligen Verträge zweier Herrscherhäuser seien an die Länder übergegangen. Diese Landesrechte würden von den Braunschweigern, die die Reichsinteressen dieser Tage so warm verteidigten, respektiert werden müssen. Fürst Bülow werde wohl kaum eine andere Auffassung vertreten. Was sonst die staatsrechtliche Seite der Angelegenheit betrifft, so wird auch bemerkt, daß der Bundesrat zunächst an seiner Erklärung von 1885 festhalten müsse. Ob die gegenwärtige Situation ihn veranlassen werde, von ihr abzugehen, erscheine recht zweifelhaft. — Wir beschränken uns darauf, diese Ausführungen des öfter öftig bedienten Blattes wiederzugeben. Ob sie tatsächlich der Auffassung an den leitenden Stellen in Berlin entsprechen, wird sich wohl bald herausstellen.

— Zur Feier des 80. Geburtstages des Bischofs von Ermland, Dr. Thiel, ist vom Kaiser folgendes Telegramm eingetroffen:

„Empfangen Sie zum heutigen Tage, an welchem es Ihnen durch Gottes Gnade vergönnt ist, die Vollendung des 80. Lebensjahres zu feiern, meinen warmsten Glückwunsch. Möge das Bewußtsein, in Ihrem langen und arbeitsreichen Leben stets sich treu gegen Gott und Menschen bewahrt zu haben, Ihnen zum Segen geworden sein und Ihren Lebensabend verhüten. Wie bisher, werde ich auch ferner Ihr Wirken und Wohlergehen mit meinem besonderen Interesse begleiten als Ihr wohlgeneigter und dankbarer König Wilhelm.“

Namens der Regierung sprach Oberpräsident von Moltke Glückwünsche aus und überreichte dem Bischof nach einer herzlichen Ansprache den vom Kaiser verliehenen roten Adlerorden I. Kl. Weiter gratulierten der kommandierende General v. d. Goltz, Regierungspräsident v. Jaroschy-Danzig, Dompropst Dietrich unter Ueberreichung einer Ehrengabe, und namens der Geistlichkeit Dejan Heller aus Christburg. Bei der Tafel brachte Bischof Dr. Thiel ein Hoch auf Kaiser und Papst aus, Oberpräsident v. Moltke auf den Jubilar. Zur Feier sind außerdem zahlreiche Glückwünsche eingegangen, u. a. auch vom Kultusminister Dr. v. Studt.

— Ein gemäßigter Kanalgegner ist wieder zu Gnaden gekommen. Der Landtagsabgeordnete Professor Dr. Ermer, Redakteur der Kreuzzeitung, ist, wie diese meldet, als Hilfsarbeiter in das Kultusministerium berufen worden. — Herr Dr. Ermer war bereits einmal Hilfsarbeiter im Kultusministerium. Nach der Ablehnung der Kanalvorlage im Jahre 1899, gegen die er auch gestimmt hat, wurde auf seine weitere Tätigkeit im Ministerium verzichtet.

Herr Dr. Ermer vertritt im Abgeordnetenhaus den Kreis Oberbarnim-Niederbarnim, der nunmehr eine Neuwahl vornehmen muß.

— (Zum Fall Bachstein.) Die Revisionsverhandlung im Bachsteinprozeß endete mit der Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof nahm an, daß die Defensivität der Versammlung im objektiven und subjektiven Sinne gegeben war, indessen verneinte das Gericht die Frage nach einer Beschimpfung von Einrichtungen der katholischen Kirche im objektiven und subjektiven Sinne.

— Auf dem sozialdemokratischen Parteitag vermisst man in diesem Jahre den Abg. v. Vollmar. Er befindet sich augenblicklich auf einer Reise nach dem Orient und ist gegenwärtig in Smyrna. Vor einigen Tagen schwebte er in großer Lebensgefahr. Auf dem Schiff, mit dem er fuhr, und das sich gerade in einem kleinasiatischen Hafen befand, war Feuer ausgebrochen, und die Passagiere mußten mit Strickleitern vom Schiff herabgelassen und dann an Land gebracht werden. Bei Vollmar erwies sich das infolge seiner körperlichen Gebrechen — er ist im Kriege von 1870 bekanntlich schwer verwundet worden — als unmöglich. Er mußte deshalb auf dem Schiffe bleiben und schwebte ständig in Lebensgefahr, da das Schiff große Behälter mit Benzin mit sich führte. — Auch der Abg. Eduard Bernstein ist diesmal nicht da. Er mußte in Berlin bleiben, um auf Drängen der Berliner Genossen die ihm in Auftrag gegebene „Geschichte der Berliner Sozialdemokratie“ fertigzustellen.

— Unter dem Verdacht der Spionage wurde in Thorn ein Herr verhaftet, der von dem Fort Hermann Balk eine Skizze aufzunehmen versuchte. Ein Radfahrer, der den Fremden beobachtet hatte, erstattete Anzeige bei der Fortwache, worauf die Festnahme des Verdächtigen erfolgte.

— (Zum Botschafterwechsel in Berlin.) Nachdem nun auch italienische Blätter die zuerst in deutschen Zeitungen aufgetauchte Meldung bestätigt haben, daß der italienische Botschafter in Berlin, Graf Lanza, der seit dem Jahre 1892 in Berlin war, nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren werde, muß man der Nachricht wohl



Graf Lanza.

Glauben schenken. Graf Lanza galt stets als persona gratissima am Berliner Hofe und erst die unliebsamen Vorkommnisse anlässlich der Marokkokonferenz war das deutschfreundliche Verhalten des Botschafters um seiner Regierung offenbar desavouiert wurde, haben ihn in Ber-



Der neue Berliner Botschafter A. Pansa.

lin seine Stellung erschwert. Sein Nachfolger, der bisherige Botschafter in London, A. Pansa, ist gleich dem Grafen Lanza aus der alten diplomatischen Schule hervorgegangen. Für seine Tüchtigkeit spricht der Umstand, daß er den gewiß nicht leichten Posten am Hofe von St. James seit nunmehr 15 Jahren bekleidet. Und das ist umso mehr anzuerkennen, als während dieser Zeit nicht nur der Monarch in Italien wie in England gewechselt hat, sondern auch in Italien die Parlamente gekommen und gestoben sind wie Spreu, die der Wind zerstreut.

— „Rüffet Euch zur Reichstagswahl!“ unter dieser Epithete veröffentlicht die „Freie Ptg.“ ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Rundschreiben des sozialdemokratischen Parteivorstandes, worin es u. a. heißt: „Der ungünstige Ausfall einer Anzahl Nachwahlen seit dem Jahre 1903 ist zu guter Letzt darauf zurückzuführen, daß in den betreffenden Wahlkreisen die Organisation eine mangelhafte war, was sich doppelt fühlbar macht gegenüber der gesteigerten Aktionsfähigkeit unserer Gegner, die heute weit rühriger und besser organisiert sind, als früher. Es ist unbedingt notwendig, daß in den Orten eines jeden Wahlkreises, in dem sich Industriearbeiter befinden, die Vorbereitung für die Wahlen 1908 schon jetzt betrieben werden durch Ausgestaltung der Organisationen, Verbreitung der Parteipresse und Sammlung eines Wahlfonds. Es muß Ehrenfache für jeden Wahlkreis sein, das Höchste zu leisten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir schon 1907 allgemeine Reichstagswahlen bekommen, wenn der vorhandene Konflikt in der nächsten Session zur Auflösung des Reichstages führen sollte. Wir werden das nächste Mal einen Wahlkampf bekommen, wie wir noch keinen zu führen hatten. Wir wissen, daß der Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bei den nächsten allgemeinen Wahlen sich auf die oben bezeichneten Wahlkreise wirft, um sie uns zu entreißen. Er hat die Rechnung aufgestellt, er hofft der Partei das nächste Mal durch 20–25 Wahlkreise zu entreißen. Es wird Sache der Parteigenossen und der betreffenden Abgeordneten sein, daß diese Rechnung zu Schanden wird. Aber auch die verschiedenen bürgerlichen Parteien werden diesmal in ganz anderer Weise zusammen kämpfen, die früher in der Organisation und Agitation hinter uns zurückstanden, von uns gelernt haben und gegenwärtig uns vielfach nicht nur gleich, sondern zum Teil auch über sich, nötigen, unsere Kräfte bis aufs Äußerste anzustrengen, um den Kämpfen mit Erfolg gewachsen zu sein. Wohl hat die Ausbreitung der Parteipresse in den letzten Jahren ganz erhebliche Fortschritte gemacht, aber bei einer Anzahl Blättern, die obendrein in großen Städten erscheinen, steht die Abonnentenzahl in keinem Verhältnis zur Möglichkeit der Ausbreitung. Die Hauptschuld liegt in dem Mangel der Agitation der Parteigenossen in den betreffenden Wahlkreisen, die viel zu lässig sind.“ — Dazu bemerkt die „Freie Ptg.“: Das betreffende Rundschreiben des Parteivorstandes, das uns auf den Redaktionstisch gestiegen ist, spricht für sich selbst und bedarf keiner weiteren Erläuterung. Wir wollen unseren Freunden den Rat geben, dies genau durchzulesen und die Konsequenzen daraus zu ziehen.

— Auf dem Gustav-Adolf-Fest in Augsburg fand am Donnerstag die zweite öffentliche Hauptversammlung statt. Nach Verlesung des schon mitgeteilten kaiserlichen Danktelegramms ergriff Professor D. Vancher-Paris das Wort zu einem längeren, höchst interessanten Vortrag über die Lage der evangelischen Kirchen in Frankreich. Professor Vancher ist der festen Überzeugung, daß die beiden evangelischen Kirchen Frankreichs infolge des Trennungsgesetzes zwar nicht ohne Mühe und Entbehrungen, aber doch ohne Gefahr der Zukunft entgegengehen dürfen. Kaufm. Schluntz aus Bremen berichtete über die Ergebnisse der Arbeit für die Gustav-Adolf-Kinderstiftung, die rund 12 000 Mark betrage, die für die Gemeinde Kesselsdorf in Schlesien bestimmt ist, während die Kinderstiftung des nächsten Jahres für die bayerische Gemeinde Gmunden bestimmt worden ist. Für das gemeinsame Liebeswerk des Gustav-Adolf-Vereins sind im ganzen 35 732 Mark angemeldet, wovon 21 832 Mark für die siegende und 6900 Mark bezw. 7000 Mark für die beiden unterliegenden Gemeinden bestimmt sind. Der Zentralvorstand hat die drei Gemeinden Leoben in Steiermark, Stahlheim in Lothringen und Windhut in Deutsch-Südwestafrika zur Wahl gestellt. Bei der Stimmabgabe erhält Stahlheim 22, Windhut 78, Leoben 193; letztere Gemeinde ist somit gewählt. Die Versammlung entschied sich alsdann einstimmig dafür, im Jahre 1907 die Hauptversammlung in Straßburg abzuhalten. Ein Festmahl einte zum Schluß der Tagung die Vertreter der Gustav-Adolf-Vereine und die Festgäste in der Konzerthalle des Stadtparkes.

— Zur Frage der Viehproduktion führte der Oberpräsident Herr v. Schorlemer bei einem Festessen anlässlich der landwirtschaftlichen Ausstellung in Cleve unter anderem folgendes aus: „Wenn wir (Landwirte) Schutz beanspruchen, dann müssen wir auch zeigen, daß die Forderung (der Grenzsperrung) begründet ist. Wir stehen in einer Zeit von hohen Vieh- und Fleischpreisen und sehen damit einerseits Zeit für die Landwirtschaft entgegen. Denn ich kann nicht sagen, daß wir bisher allen Ansprüchen der Konsumenten genügt haben. Es ist daher unsere Pflicht, möglichst viel und gut zu produzieren und dafür zu sorgen, daß allen Ansprüchen von Produzent und Konsument Rechnung getragen wird. Um das zu erreichen, ist ein engerer Zusammenschluß der Landwirte nötig, als er bisher in der Rheinprovinz bestand.“ Herr v. Schorlemer, der Sohn des westfälischen Bauernkönigs, ist selbst Großgrundbesitzer.

Westfalen und Rheinland.

Mainz, 29. Sept. „Mein lieber Herr Amtsrichter!“ redete in einer Verhandlung des Mainzer Schöffengerichts ein junger Mann wiederholt den Vorsitzenden an. Zunächst erhielt er eine Rüge, und als der Amtsrichter immer noch „sein lieber“ war, wurde er wegen Ungebühr vor Gericht auf 24 Stunden eingekerkert.

Mainz, 29. Sept. (Die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft und der Mainzer Witz.) Da sich durch die drohende Umstellung der seitigen direkten Rheingangs über Wiesbaden die Mainzer in den letzten Wochen mehr mit der Eisenbahn beschäftigten, so ist es natürlich, daß auch der Mainzer Witz nicht zurückließ. Zwei von den besseren Witzern seien hier mitgeteilt. Im Mainzer Hauptbahnhof erkundigte sich ein Fremder nach der Bedeutung der beiden Wypen an den Conspetkren, die den preussischen Adler und den hessischen Löwen zeigen. Er erhielt die überraschende Antwort: „Die Wage gehöre der Schloßwagegesellschaft von Adler u. Löwe.“ Nicht minder drastisch ist folgende Aufklärung: Was bedeutet der rote Streifen ganz oben am Schornstein der Lokomotiven? Die Antwort lautet: „Das ist Lokomotive von der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft. Was immer Strich ist, das ist hessisch. Unnenn Strich ist alles preussisch!“

Auf dem sozialdemokr. Parteitag

fand am Freitag früh die namentliche Abstimmung über die zur Frage des Massenstreiks vorliegenden Anträge statt. Wie nach dem Verlauf der Diskussion am Donnerstag vorausgesehen war, stimmten fast sämtliche Delegierte für die Resolution Bebel-Regien. Die Resolution wurde mit dem Zusatzantrag Regien mit 323 gegen 62 Stimmen angenommen. Mit dem Hinweis u. a. die Abgg. Eichhorn, Ledebour, Gejer, Goldstein, Grenz, Lipinski, Reichshaus, Schark-Lübeck, Stolle und Zubeil, weiter Braun-Königsberg, Ewald-Berlin, Rosa Luxemburg, Karl Rautsky, Polländer-Leipzig, Heinrich Schulz-Bremen, Redakteur Stengel in Hamburg und Landtagsabgeordneter Schindl-Mannheim. Sodann erfolgte die Abstimmung über den ersten Satz des in obigen zurückgezogenen Antrag Rautsky, der als Zusatz der Resolution Bebel-Regien angenommen wurde. Die Gesamtstimmung der so veränderten Resolution Bebel-Regien ergab ihre Annahme mit 386 gegen 5 Stimmen. Unter den letzteren befand sich der Abg. Due. Die Resolution Bebel hat nunmehr folgenden Wortlaut bekommen: 1. Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse des Jenaer Parteitages, den politischen Massenstreik betreffend und empfiehlt mit besonderem Nachdruck die Beschlüsse betr. Ausbau und Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag bestätigt diesen Jenaer Parteibeschluß, der mit der Resolution des Wiener Beschlusses nicht in Widerspruch steht. 2. Die Gewerkschaften stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück. Sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei. Um die Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaften zu sichern, ist es unentbehrlich für den siegreichen Fortschritt des proletarischen Klassenkampfes, daß die Gewerkschaftsbewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt wird. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, in diesem Sinne zu wirken. 3. Um bei Aktionen, die beider Interessen in gleicher Weise berühren, ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.

Der Parteitag wandte sich dann den Anträgen betreffend die Lokalkassen zu. Hierzu lag eine Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission vor, die sich in scharfer Weise gegen die durch die Lokalkassen bedingte Uneinigkeit der Gewerkschaftsbewegung wendet. Die vom Abg. v. Elm und einigen Gewerkschaftsführern beantragte Verschärfung dieses Antrages ist zurückgezogen worden, um sich in noch schärferer Weise gegen die Anarcho-Sozialisten zu wenden. Es heißt in dem neuen, erst jetzt eingebrachten Antrag, daß die Anarcho-Sozialisten bzw. die Lokalkassen sich außerhalb der Partei gestellt haben, weil sie 1. entgegen früheren Parteibeschlüssen gegen die zentralorganisierten Arbeiter kämpfen, 2. den Generalkomitee in anarchischer Weise propagieren und weil sie drittens interne Beratungen zwischen Partei und Generalkommission, die schon aus

Gründen der Parteistrategie geheim bleiben mußten, veröffentlicht haben. Aus allen diesen Gründen wird gefordert, daß der Parteitag erklärt, daß die Lokalkassen mit der modernen Arbeiterbewegung nichts zu tun haben und daß ihnen die sozialistische Presse verschlossen bleiben muß. Abg. v. Elm begründet diesen Antrag.

In der Diskussion wandte sich besonders Abg. v. Elm gegen die Lokalkassen. Rechtsanwält Dr. Diebnecht begründet einen Antrag Poissam-Spandau-Dittmann, der eine engerer Fühlung und Verbindung zwischen der Parteileitung und der Gewerkschaftsbewegung herbeiführen soll. Auch son st wurden noch aus der Mitte der Versammlung eine Anzahl Anträge gestellt. Die Sache der Lokalkassen vertrat der Maurer Putz. Rosa Luxemburg wollte den Anarchismus als eine Form geistiger Verwirrung und Dekadenz betrachtet wissen, hielt aber trotzdem die Resolution des Parteivorstandes nicht für angebracht, da der Parteitag niemanden von der äußersten Linken ausschließen dürfe, ebenso wenig, wie er jemanden von der äußersten Rechten ausschließen habe. Da es sich herausstellte, daß die Meinungen sehr weit auseinander gingen, wurde auf Antrag von Richard Fischer Berlin beschlossen, die Erledigung der ganzen Frage einer Kommission zwischen Parteivorstand und Generalkommission zu überlassen. Gleichzeitig wurden damit sämtliche Anträge für erledigt erklärt.

In der Nachmittags-sitzung beschäftigte man sich zunächst mit der Frage der Mafseier. Während diese Angelegenheit in früheren Jahren Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen gegeben hatte, nahm der Parteitag diesmal nach wenigen Worten des Referenten ohne Diskussion einstimmig die Jenaer Resolution wieder an. — Es folgte dann der Punkt der Tagesordnung: Sozialdemokratie und Volkserziehung. Hierüber sprach als erster Referent Redakteur Heinrich Schulz-Bremen, ein früherer Lehrer.

Sonnabend beendete der Parteitag seine Arbeiten. Ueber Straßrecht, Strafprozeß und Strafvollzug wurden nach einem Vortrag des Abgeordneten Daase Reformvorschläge angenommen, ebenso eine Sympathiebekundung für die russische Revolution, sowie eine Aufforderung an die Arbeiterpresse, die Gewerkschaften und die Krankenkassen, der erschreckenden Zunahme der Kindersterblichkeit durch Eltern und Erzieher entgegenzuwirken. Ein Antrag Diebnecht, der die Einrichtung einer militärischen Propaganda fordert, wird abgelehnt; Nebel erklärte dazu, die Parteileitung habe ein viel zu großes Gefühl der Verantwortlichkeit, als daß sie sich auf so unvorurteilliche und gefährliche Dinge einlasse. Frank-Mannheim schlug vor, die Stellungspflichtigen sollten als Demonstration am Tage der Aushebung einen Trauerflor tragen. Einer Berliner Forderung, den Freisinnigen keinerlei Wahlhilfe mehr zu leisten, widersprach v. Elm. Die Sache kommt ohnehin nächstes Jahr zur Verhandlung. Nebel und Singer wurden einstimmig als Parteivorstände wiedergewählt. In seiner Schlussrede sagte Singer: „Mit Stolz und Freude konstatiere ich, daß der revolutionäre Geist durch alle Neben geweht hat. Partei und Gewerkschaften lassen sich nicht auseinanderbringen; nicht von Außen und nicht von Innen. Das mögen sich die Anarchosozialisten merken. Unsere Gegner sind enttäuscht. Die Hoffnungen der Freunde der Gemeinschaftlichkeit aller Gruppen der Arbeiterbewegung sind erfüllt. Die Rhein und Redar zusammenschließen, so Partei und Gewerkschaften. Meinungen mögen sich lebhaft bekämpfen. Sowie die großen Güter der Befreiung der Arbeiterklasse in Frage kommen, stehen wir Schulter an Schulter. Das brüderliche Bestreben, es nicht zum Streit kommen zu lassen, gibt diesem Parteitag die Weisheit. Er wird in der Geschichte der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften eingetragen sein darin, daß wir gemeinsam kämpfen für das beschworene Ziel der Befreiung des Proletariats vom Doppeljoch der politischen Rechtslosigkeit und der ökonomischen Unterdrückung. Aber alle Entschlüsse, uns das Wahlrecht und das Koalitionsrecht nicht rauben zu lassen, können erst ausgeführt werden, wenn die gewaltige Arbeiterklasse Deutschlands zusammengeschweift ist. Das ist noch ein großes Stück Arbeit. Es muß geleistet werden. Die bürgerliche Gesellschaft wird unsere Verhandlungen mit Entsetzen (?) sehen, die Arbeiter mit Stolz und mit Erneuerung ihres Gelübdes. Die Früchte erwarten wir von den Wahlen 1908. Doch die deutsche internationale revolutionäre Sozialdemokratie!“ Mit dem üblichen Schlußsatz dem Abgängen der Arbeitermarke durch die Abgeordneten, die sich von ihren Egen erhoben hatten, endete der Parteitag.

Bermischtes.

— Eine fast unglaubliche Geschichte berichtet die „Münchener Post“: Vom bayerischen Regenten ist vor einiger Zeit der vom Schwurgericht Augsburg zum Tode verurteilte Luftmörder Englisch zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Nun wird in der Heimat des bekannten Räubers Kneifel durch Sammeln von Unterschriften eine Petition an den Regenten in die Wege geleitet, worin die Aufhebung der Begnadigung und die Hinrichtung des Englisch gefordert wird, „weil unser Kneifel auch hingerichtet wurde.“

— Wegen Falschmünzerei hat das Stettiner Schwurgericht den Schlossergehilfen Weber zu 2½ Jahren und den Arbeiter Ulrich zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt.

— Das Schedbuch hinter dem Bilderrahmen. Eine merkwürdige Entdeckung machte kürzlich ein Londoner Kaufmann namens Preagne. Er hatte bei einem Antiquar einen Kupferstich gekauft, der seit mehreren Jahren schon in seiner Wohnung hing. Als vor wenigen Tagen der Rahmen des Bildes erneut werden sollte und der alte Rahmen entfernt wurde, fand man hinter ihm ein Schedbuch auf 100 Pfund (2000 Mark), die bei der englischen Bank deponiert waren. Der rechtmäßige Inhaber des Schedbuches konnte aber nicht ermittelt werden, und so dürfte wohl Mr. Preagne den unerwarteten Fund zugesprochen erhalten.

— Die Auswanderung aus Japan. Nach den Mitteilungen der „Revue Indochinoise“, die sich auf amtliche Angaben stützen, fand bis zum Jahre 1889 eine Auswanderung kaum statt. Erst seit dieser Zeit ist eine nennenswerte Zahl von Auswanderern festzustellen, die in den letzten Jahren ständig gewachsen ist. Dennoch beträgt die Auswanderung während dieser ganzen Zeit nicht mehr als 125 000, darunter 25 000 Frauen. Die Auswanderer rekrutieren sich meistens aus Arbeitern, die in dem fruchtbaren Süden des Reiches wohnen. Sie werden sich besonders nach den Vereinigten Staaten, nach den Havai-Inseln und den Philippinen; in letzter Zeit hat dann die Auswanderung nach Korea außerordentlich zugenommen. Die japanische Regierung ist sehr darauf bedacht, eine stärkere Auswanderung zu erreichen, gewährt den Emigranten manche Vergünstigung und befreit insbesondere junge Leute, die aus Japan fortgehen, vom Militärdienst. Während des russisch-japanischen Krieges jedoch sind viele aus Japan Ausgewanderte freiwillig zurückgekehrt, um für das Vaterland zu kämpfen.